



Parlamentssitzung vom 26.08.2024

Protokoll

Schloss Köniz, Rossstall
19:00 – 21:00 Uhr

Vorsitz

Arlette Mürger (SP Frauen), Parlamentspräsidentin

Parlamentsbüro

Casimir von Arx (GLP), 1. Vizepräsident
Christine Müller (Grüne), 2. Vizepräsidentin
Selin Lopez (FDP), Stimmzählerin
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (Die Mitte)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Dominik Fischli (Grüne)
Rahel Gall (SP Frauen)
Michael Gerber (GLP)
Andreas Hauser (GLP)

Roland Hofer (SVP)
Mark Kobel (FDP)
Ursina Sara Lehner (SP Frauen)
Fabienne Marti (GLP)
Jürg Mosimann (Die Mitte)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Brigitte Rohrbach (SP Frauen)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Katja Streiff (EVP)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Christian Burren (SVP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Chantal Fuchs

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Kathrin Gilgen (SVP)
Laura Hoffman (Junge Grüne)
Florian Moser (SVP)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Simon Stocker (Junge Grüne)
Thomas Brönnimann (GLP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

PAR 2024/70

Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**
Beschluss
2. **Digitalisierungsstrategie 2024 - 2028 Gemeinde Köniz**
Kenntnisnahme; Direktion Umwelt und Betriebe
3. **ARA Sensetal, neues Organisationsreglement**
Beschluss; Direktion Umwelt und Betriebe
4. **V2403 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, SVP-Fraktion) "Stärkung der Unabhängigkeit der Finanzkontrolle"**
Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen
5. **V2401 Anfrage (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Einsehbarkeit der Weisungen"**
Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen
6. **Verschiedenes**
Kenntnisnahme

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich begrüsse euch alle ganz herzlich zur zweiten Parlamentssitzung am 26. August 2024.

Geburtstag seit der letzten Sitzung hatte Christina Aebischer. Ich bitte ihren Geburtstagsboten, welcher im Vorfeld informiert wurde, sich nach der Sitzung ein Geschenk auszusuchen und ihr dieses zu überreichen.

Michael Gerber lädt euch, wie letzte Woche angekündigt, im Anschluss an die Sitzung zum gemeinsamen Anstossen ein.

Wir kommen zu den Entschuldigungen: Vom Parlament sind Tatjana Rothenbühler, Laura Hoffmann, Simon Stocker, Monika Röthlisberger, Florian Moser und Kathrin Gilgen entschuldigt. Katja Streiff, Matthias Müller und Bülent Celik kommen später. Vom Gemeinderat entschuldigt ist Hans-Peter Kohler und Thomas Brönnimann. Es sind 31 Parlamentsmitglieder anwesend, das Parlament ist beschlussfähig.

Wir kommen zum Traktandum 1, zur Traktandenliste: Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/71

Digitalisierungsstrategie 2024 – 2028 der Gemeinde Köniz

Kenntnisnahme; Direktion Umwelt und Betriebe

1. Ausgangslage

Der Legislaturplan 2022–2025 der Gemeinde Köniz beinhaltet das Thema der Digitalisierung im Schwerpunkt 4 – Moderne Verwaltung; Köniz will die Digitalisierung weiter vorantreiben. Bevölkerung und Wirtschaft sollen von kundenfreundlichen Dienstleistungen profitieren können. Zuständigkeiten und Abläufe zur Umsetzung der Digitalisierungsvorhaben und -projekte sind etabliert.

Es bestehen verschiedene gesetzliche Rahmenbedingungen für die Digitalisierung der Verwaltung, welche zu berücksichtigen sind (Datenschutz; Informationssicherheit; Archivierung sowie Barrierefreiheit).

Besonders von Bedeutung sind:

- Kt. BE: Gesetzgebung über die digitale Verwaltung (DVG / 01.03.2023). Schafft die rechtlichen Grundlagen für die möglichst vollständige Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung des Kantons und der Gemeinden. Die wesentlichen Inhalte sind:
 - Grundsatz des digitalen Primats: Kanton und Gemeinden handeln und kommunizieren grundsätzlich digital.
 - Die behördenübergreifende Zusammenarbeit bei der Digitalisierung wird vereinfacht.
- Kt. BE: Verordnung über die digitale Verwaltung (DVG / 01.03.2023). Die DVG konkretisiert das digitale Primat in verschiedener Hinsicht. Sie sieht etwa vor, dass Behörden ihre Akten digital führen müssen, erweitert den Begriff der «Schriftlichkeit» auf digitale Dokumente, stellt klar, dass auch Personalprozesse digitalisiert werden und regelt die Identifikation bei der Benutzung digitaler Leistungen.

2. Digitalisierungsstrategie 2024 – 2028 der Gemeinde Köniz

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 1. Mai 2024 (GRB 2024/222) die Digitalisierungsstrategie 2024 – 2028 der Gemeinde Köniz verabschiedet. Mit der Digitalisierungsstrategie will der Gemeinderat den bestehenden Wandel aktiv und zum Nutzen aller gestalten. Damit wurden ein gemeinsames Grundverständnis, die Ausrichtung und Schwerpunkte sowie die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten bestimmt. Sie schafft die Grundlagen, damit die digitale Transformation erfolgreich und zielgerichtet vorangetrieben werden kann.

Die Digitalisierungsstrategie definiert sechs strategische Handlungsfelder. Sie beinhalten die Ziele und Stossrichtungen zur künftigen Ausrichtung der Digitalisierung, durch welche die Prozesse und Dienstleistungen in der Gemeinde weiterentwickelt werden. Die digitale Welt entwickelt und verändert sich in einem hohen Tempo, deshalb ist die Strategie bewusst auf einer relativ hohen «Flughöhe» angesiedelt, damit sie entsprechend länger Bestand hat.

Zur Umsetzung der Ziele und Stossrichtungen der Digitalisierungsstrategie wird deshalb ein Masterplan mit den konkreten Digitalisierungsvorhaben und -projekten geführt und periodisch aktualisiert. Der Masterplan wird als eigenständiges Dokument separat vom Strategiedokument geführt und periodisch dem Gemeinderat rapportiert.

Die Aufgaben im Rahmen der Digitalisierung wurden auf mehrere Rollen aufgeteilt, um sicherzustellen, dass die komplexen Anforderungen und Herausforderungen der Digitalisierung effektiv bewältigt werden.

- Der GR ist verantwortlich für die Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie sowie deren Umsetzung.
- Der Ausschuss Digitalisierung (ADigi) unterstützt den Gemeinderat bei der Erfüllung seiner strategischen Aufgaben. Der ADigi begleitet und koordiniert die taktische Umsetzung der Digitalisierungsstrategie verwaltungsübergreifend.
- Der/die Digitalisierungsmanager/in (DM) ist verantwortlich für den Prozess, er ist Treiber der digitalen Transformation.
- Die federführende Abteilung ist für die Initialisierung und Transformation der einzelnen Digitalisierungsvorhaben und -projekte und für die Finanzierung zuständig.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Digitalisierungsstrategie 2024 – 2028 der Gemeinde Köniz.

Köniz, 19.Juni 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Digitalisierungsstrategie 2024 – 2028 der Gemeinde Köniz

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Kenntnisnahme der Direktion Umwelt und Betriebe. Ihr habt folgende Sitzungsakten: Den Bericht und den Antrag des Gemeinderates, die Tischvorlage mit Antrag und die Planungserklärung.

Zum Vorgehen: Zuerst hat die GPK-Referentin das Wort, dann folgen die Voten aus den Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder, der Gemeinderat und dann kommen wir zur Abstimmung. Wir haben euch mit Mail vom 12. August 2024 über die Möglichkeit der Planungserklärung oder der Erklärung gemäss Art. 64 Abs. 2 des Geschäftsreglements bei Berichten des Gemeinderates informiert.

GPK-Referentin, Sandra Röthlisberger, GLP: Vorab danke ich dem Gemeinderat Hansueli Pestalozzi und dem Leiter IZ Pascal Wenger für die Transparenz bei der Geschäftsprüfung. Die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen.

- Um was geht es? Köniz möchte die digitale Transformation aktiv gestalten und von den Vorteilen einer modernen Verwaltung profitieren. Digitalisierungsbestrebungen müssen den geltenden Gesetzen und Verordnungen des Kantons Bern genügen. Mit dieser Zielsetzung hat der Gemeinderat eine Digitalisierungsstrategie 2024-2028 erarbeitet. Die Federführung hat das neu eingesetzte Gremium ADigi mit Pascal Wenger, Leiter IZ und Pascal Arnold, Leiter Stab DPF. Dieses Gremium bleibt auch das Bindeglied zum Gemeinderat und ist für Digitalisierungsprojekte mit situativem Bezug der jeweiligen Abteilungsleitenden zuständig. Und sie sind mit der Erarbeitung des Masterplans für die Umsetzung betraut. Eine Digitalisierungsmanagerin wird neu das Projektmanagement verantworten.
- Wie ist die Strategie strukturiert? Die Strategie ist in verschiedene Handlungsbereiche unterteilt – zum Beispiel Prozess, Technologie, Organisation, Service usw. Für jedes dieser Themenfelder werden konkrete Ziele definiert. Die Stossrichtung zur Erreichung der Ziele sind aufgezeigt.
- Was sind die Kernpunkte der Strategie? Der Grundsatz des digitalen Primats: Die Gemeinde wird grundsätzlich digital handeln und kommunizieren. Durch die Automatisierung und Digitalisierung sollen Arbeitsabläufe effizienter gestaltet werden. Digitale Dienstleistungen sollen benutzerfreundlich und auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und auf die Wirtschaft ausgerichtet sein. Es ist festgelegt, welche Gremien und Personen für die Umsetzung der Strategie verantwortlich sind, die Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen Akteuren wird klar geregelt.
- Wie wird diese Strategie implementiert? Ein detaillierter Masterplan definiert konkrete Projekte und Massnahmen zur Umsetzung der Strategie und natürlich der Faktor Mensch. Es ist sehr wichtig, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - auch jene ohne PC-Arbeitsplatz - auf den digitalen Wandel hin geschult und befähigt werden. Es soll eine Veränderungskultur geschaffen werden, mit guten Erfahrungen und Vertrauen. Wir kennen es alle aus den Medien, wenn die guten Erfahrungen ausbleiben, was dann für ein Schaden entsteht – vielleicht auch nicht nur aus den Medien.
- Was kostet das? Die Strategie selber hat keine Kostenfolge. Für jedes Digitalisierungsprojekt wird ein eigener Finanzierungsplan erstellt, dabei soll sowohl die Anfangsinvestition, als auch die langfristige Betreuung der neuen digitalen Systeme berücksichtigt werden.

Die Verantwortung für die Finanzierung liegt bei den jeweiligen Fachbereichen oder Abteilungen, in Zusammenarbeit mit dem Informatikzentrum. Bei umfassenden Projekten ist eine zentrale Budgetierung vorgesehen.

- Die Automatisierung von Prozessen ist per se nicht mit Personaleinsparungen gleichzusetzen. In jedem Projekt werden Ziele definiert – zum Beispiel ein höheres Servicelevel oder höhere Kapazitäten. Dabei muss man sagen, dass oft auch die alten Strukturen beibehalten werden, gewollt, was zu Doppelspurigkeit führt. Die Automatisierung hilft aber, Wachstum der Anspruchsgruppen oder höhere Anforderungen an die Datenanalyse zu bewältigen.

Fazit: Der Gemeinderat hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt, um die digitale Transformation voranzutreiben. Die neue Strategie bildet einen umfassenden Rahmen für diese Entwicklung und stellt sicher, dass die Gemeinde die Chance der Digitalisierung nutzt und gleichzeitig die gesetzlichen Anforderungen erfüllt. Es ist eine strategische Grundlage für die Erarbeitung des Masterplans zur Umsetzung und daher gewollt allgemein gefasst. Ein bisschen so, wie dieses Votum. Der Masterplan wird dem Parlament nicht zur Kenntnis gebracht, weil dieser auf der operativen Ebene angesiedelt wird.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, die Digitalisierungsstrategie 2024-2028 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Roland Akeret, GLP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie 2024-2028. Aus unserer Sicht beleuchtet dieses Papier wichtige Aspekte und wird von uns grundsätzlich unterstützt. Auf Seite 5 ist zu lesen, dass sich die Digitalisierungs- und die Informatikstrategie ergänzen würden. An der Sitzung vom 4. November 2019 führte der Gemeinderat als Antwort auf unsere Interpellation "Informatikstrategie" unter anderem aus, dass eine solche Strategie im Jahr 2015 beschlossen wurde, eine Überarbeitung sei angedacht. Es wäre interessant zu erfahren, wie der Stand dieses Geschäftes heute ist.

Gerne hätten wir gehabt, wenn in der vorliegenden Digitalisierungsstrategie auch Aussagen in Bezug auf Smart City-Strategien gemacht worden wären. Zum Beispiel, dass die Gemeinde die Digitalisierung nutzt, um klimafreundlicher und ressourcenschonender zu werden. Aber auch über Punkte wie Open Source-Lösungen, Open Access oder Open Data hätten wir gerne etwas gelesen.

Was uns aber definitiv fehlt, ist der Punkt der Wirtschaftlichkeit. Aus diesem Grund haben wir die vorliegende Planungserklärung verfasst. Gerade mit Blick auf die knappen Gemeindefinanzen ist es uns wichtig, dass der Punkt der Wirtschaftlichkeit als feste Leitplanke in der Strategie festgeschrieben ist. Dabei ist uns bewusst, dass die Bewertungen der Wirtschaftlichkeit eines Informatikprojektes eine Herausforderung sein kann und bei der Bewertung nicht nur der monetäre Nutzen zu berücksichtigen ist.

Bei der fraktionsinternen Diskussion ist uns einmal mehr bewusst geworden, wie anspruchsvoll der gesamte Digitalisierungsprozess ist und dass der beschriebenen Veränderungskultur ein sehr hoher Stellenwert beigemessen werden muss. Wir haben uns aber auch zum wiederholten Mal gefragt, wie lange eine Gemeinde wie Köniz überhaupt noch ein eigenes Rechenzentrum betreiben oder sich leisten kann.

Ich komme zum Schluss: Wenn unsere Planungserklärung im Parlament eine Mehrheit findet, so wird die EVP-GLP-Mitte-Fraktion die vorliegende Digitalisierungsstrategie zustimmend zur Kenntnis nehmen. Andernfalls würden wir dieser nur teilweise zustimmen. Der Planungserklärung der Grünen/Jungen Grünen-Fraktion werden wir zustimmen.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Dominik Fischli, Grüne: Wir von der Grünen/Jungen Grünen-Fraktion danken dem Gemeinderat für die Unterlagen. Wir unterstützen die Stossrichtungen des Gemeinderates, sehen aber noch Verbesserungspotential und haben dementsprechend eine Planungserklärung eingereicht.

Den Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion lehnen wir ab. Wir sehen den grossen Nutzen nicht, da Kosten/Nutzen-Überlegungen für jedes Projekt wichtig sind und darum ist es für uns nicht nachvollziehbar, warum dies in einer Digitalisierungsstrategie erwähnt werden muss.

Zur Strategie: Wir sehen, dass wichtige Überlegungen gemacht wurden, welche ein erfolgreiches Durchführen digitalisierter Projekte unterstützen. Besonders aufgefallen sind unter anderem der Punkt der Interoperabilität und der Punkt der Koordination mit bestehenden Strategien. Diese Punkte sind besonders wichtig, wenn es darum geht, langlebige Softwares brauchen und unterhalten zu können und die Kommunikation mit anderen Gemeinden und Behörden sicher zu stellen.

Grosse Teile der Strategie lassen aus unserer Sicht mehr Interpretationsspielraum zu, als notwendig ist. Wir von der Grünen/Jungen Grünen-Fraktion würden eine präzise Formulierung in allen möglichen Aspekten begrüßen. Vermisst haben wir die Überlegung zum Umgang mit Behördendaten, besser bekannt, als "Open Government Data", das wurde bereits erwähnt. Sowohl der Bund, wie auch der Kanton und diverse Städte haben sich bereits mit dieser Thematik auseinander gesetzt und Grundlagen für eine sinnvolle Umsetzung geschaffen. Anhand dieser Grundlagen kann sich die Gemeinde Köniz orientieren und einen sinnvollen Umgang mit Behördendaten gestalten. Behördendaten werden mit Steuergeldern erhoben und darum erachten wir es als unbestritten, dass auch Könizerinnen und Könizer von dieser guten Arbeit profitieren können. Wenn also immer möglich, sollen die erhobenen Daten publiziert werden. Das führt zu einer Stärkung der Transparenz der Behörden, die Partizipation der Bevölkerung wird gefördert und die Wirtschaft erhält eine zuverlässige Informationsquelle. Mit unserer Planungserklärung verlangen wir, dass die Thematik des Gemeinderates in die Strategie aufgenommen wird und den Mitteln entsprechend umgesetzt wird. Die Umsetzung von Open Government Data kann schlank sein. Die Gemeinde Köniz publiziert bereits heute ihre GIS-Daten über die eidgenössische Datenplattform opendata.swiss. Es besteht also bereits heute Knowhow in der Gemeinde zur Umsetzung dieser Forderung. Open Government Data gehört zur digitalen Transformation einer Gemeinde und wir wollen mit unserer Planungserklärung einen Beitrag zu dieser Transformation leisten. Ich hoffe, ihr könnt euch dieser Perspektive anschliessen und werdet diese Planungserklärung ebenfalls annehmen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen: Danke für die Unterlagen, welche uns bereit gestellt wurden. Ich schicke es vorweg, die SP/JUSO-Fraktion nimmt von der Digitalisierungsstrategie zustimmend Kenntnis. Nichtsdestotrotz kommen wir nochmals nach vorne, um ebenfalls einige Gedanken mitzugeben – einerseits zur Strategie, aber auch zu den Planungserklärungen, welche eingereicht worden sind.

Zuerst: Die vorliegende Digitalisierungsstrategie ist – zumindest nach unserem Wissensstand - die erste der Gemeinde Köniz und sie ist überfällig. Und so entsteht beim Lesen der Ziele auch der Eindruck, dass die Gemeinde mit diesem Strategiepapier digitale Entwicklungen der letzten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, aufholen möchte.

Die Grundsätze sind in sich schlüssig und ergeben durchaus Sinn. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass besonders ein Aspekt stärker gewichtet werden sollte und das ist jener der "Veränderungskultur". Diesem soll ein höherer Stellenwert zukommen, als zumindest jetzt auf Papier ist. Denn: Change Management und die Veränderung von Mustern sind eine der zentralsten Herausforderungen, wenn es um die Implementierung von neuen Prozessen und Veränderungen in einer Organisation geht. Diesem Umstand ist auch schon früh in der Entwicklung Rechnung zu tragen. Das zeigt sich zum Beispiel beim Ziel 1, beim Thema Prozesse: Um zu erfahren, was überhaupt die Bedürfnisse für Prozessoptimierungen der jeweiligen Betroffenen sind, sollte man eben den Fokus darauf setzen, diese abzuholen. Change Management ist – genau wie Digitalisierung – nicht etwas, das sich "en passant" erledigt.

Noch zum Begriff "Digital First" bzw. "Primat des Digitalen": Gemäss der Definition des Bundes werden digitale Lösungen wann immer möglich und wo sinnvoll priorisiert. Wenn nötig bietet man aber auch nicht digitale Lösungen an. Dass eine Gleichzeitigkeit von digitalen und analogen Lösungen toleriert werden muss, fehlt in der Definition der Gemeinde Köniz von "Digital First". Dies ist aber insofern wichtig, da für die Aufrechterhaltung zweier gleichzeitiger Lösungen fast zwangsläufig mehr Ressourcen eingesetzt werden müssen. Und da wären wir auch schon beim Thema Wirtschaftlichkeit. Zu dem Thema liegt eine Planungserklärung vor.

Selbstverständlich muss bei allen Aktivitäten der Gemeinde auch die Wirtschaftlichkeit im Auge behalten werden. Die Definition der GLP-EVP-Mitte, dass Wirtschaftlichkeit in diesem Fall bedeutet, dass der Nutzen des Digitalisierungsvorhabens grösser als seine Kosten sein muss, ist eine Ermessungsfrage. Die Kosten sind klar quantifizierbar, während der Nutzen häufig auch qualitativ bewertet wird. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass Digitalisierung ein Service Public für die Könizer Bevölkerung darstellt. Es braucht darum genügend Ressourcen um die Transformation erfolgreich zu gestalten, damit schlussendlich die Bevölkerung, die Verwaltung und auch die Politik davon profitieren kann. In der Strategie steht denn auch, Zitat: *"In der Regel erfordert die Transformation in Form von Projekten zunächst Investitionen. Langfristig sollen diese Investitionen jedoch zu einer verbesserten Ressourceneffizienz und/oder einer höheren Servicequalität führen."* Die SP/JUSO-Fraktion wird daher der Planungserklärung der GLP-EVP-Mitte nicht zustimmen. Wo wir zustimmen können, ist bei der Planungserklärung der Grünen betr. Open Data, weil wir finden, dass die öffentlichen Behördendaten ebenfalls einen Service Public darstellen.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Matthias Müller ist eingetroffen, es sind somit 32 Parlamentsmitglieder anwesend.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Vielen Dank für die positive Aufnahme und vielen Dank an Sandra Röthlisberger für die sehr gute Zusammenfassung der Strategie. Du hast beinahe alles gesagt, was ich mir hier notiert habe, dadurch kann ich es kürzer machen. Ich komme lediglich noch zu den einzelnen Voten:

Roland Akeret, du hast gefragt, wann die Informatikstrategie kommt? Die haben wir vor etwa zwei Jahren - das genaue Datum kann ich dir nicht sagen - verabschiedet. Das ist die Strategie für das Informatikzentrum. Das haben wir auch dort governance-genau angeschaut. Das ist eine etwas schwierigere Sache, weil wir dies zusammen mit Muri machen und mit dieser die Kosten $\frac{3}{4}$ zu $\frac{1}{4}$ teilen. Zusätzlich erbringen wir aber auch noch Dienstleistungen für ganz viele andere Gemeinden. Und wie wir diese Dienstleistungen erbringen, das ist dort in dieser Informatikstrategie enthalten. Bei der jetzigen Digitalisierungsstrategie geht es aber darum, wie wir als Gemeinde Köniz in der Digitalisierung vorwärts kommen wollen.

Ein wichtiges Thema, welches hier diskutiert worden ist, ist die Wirtschaftlichkeit. Da ist diese Planungserklärung der EVP-GLP-Mitte-Fraktion, welche gestellt worden ist. Géraldine Boesch, hat es bereits erwähnt, eigentlich ist dies in den Grundsätzen der Digitalisierungsstrategie unter dem Kapitel "Finanzielle Ressourcen" bereits enthalten. Du hast es zitiert, dass diese höheren Investitionen langfristig durch eine höhere Ressourceneffizienz oder eben durch eine bessere Servicequalität übertroffen werden sollen. Und es ist tatsächlich so, die Investitionen und Betriebskosten eines Digitalisierungsprojektes können im allgemeinen beziffert werden – das ist der Projektauftrag, das gehört dort dazu – der Nutzen ist aber relativ schwierig abzuschätzen und auch einzupreisen. Entweder kann man Ressourcen freispielen, damit Leute Zeit für andere Aufgaben bekommen, dann kann man es beziffern, aber es ist auch möglich, dass man dank der Digitalisierung mit gleichen Ressourcen ein höheres Volumen – also bei mehr Einwohnern und gleich vielen personellen Ressourcen - bewältigen kann oder es führt zu einer höheren Dienstleistungsqualität, zum Beispiel, dass man einen Service 7x24h beziehen kann, anstatt nur während der Schalteröffnungszeiten. Das ist eine bessere Qualität, doch es ist sehr schwierig, wie man diese Sachen einpreisen soll.

Und, was noch dazu kommt - auch das wurde erwähnt: Der wirtschaftliche Nutzen kann häufig nur dann erzielt werden, wenn quasi die alten Kanäle abgestellt werden. Es gibt hier ein relativ krasses Beispiel, welches dies veranschaulicht und das ist bei den Abstimmungen. Früher hatte man lediglich die Urne, in welche man den Zettel werfen konnte. Das war ein Kanal. Dann kam die briefliche Abstimmung, was sehr viele nutzen. Nur noch wenige gehen an die Urne, aber trotzdem lässt man den alten Kanal der Urne am Sonntagmorgen noch bestehen. Und jetzt kommt dann vielleicht irgendwann einmal das E-Voting, doch das heisst noch lange nicht, dass man die beiden alten Kanäle dann aufheben wird. Es gibt einfach immer mehr Kanäle und so ist es natürlich schwierig, hier einen wirtschaftlichen Nutzen zu erzielen. Das zur Planungserklärung Wirtschaftlichkeit: Es ist im Prinzip bereits in der Strategie enthalten und der Nutzen ist sehr schwierig zu beziffern.

Dann noch zu Dominik Fischli: Du hast richtig gesagt, Interoperabilität ist ein sehr wichtiges Element in der Digitalisierungsstrategie. Gerade die Koordination unserer Digitalisierung mit Kanton und Bund ist essentiell. Denn der Kanton stellt verschiedene Digitalisierungsprojekte zur Verfügung, eUmzug ist ein Beispiel und eBau – und da ist es wichtig, dass wir hier gut mit dem Kanton zusammenarbeiten. Gerade bei eUmzug haben wir gesehen, was passiert, wenn dies nicht so gut funktioniert, denn dort haben unsere Einwohnerdienste seit der Einführung mehr Aufwand, als zuvor. Dies weil bei diesem eUmzug die Leute zum Teil die Dokumente digital nicht einreichen und dann entsteht ein grosser Aufwand, all diesen Leuten nach zu telefonieren, damit diese die Unterlagen, welche es noch braucht, noch nachreichen.

Und dann noch zur Planungserklärung zur Open Government Data: Es wurde richtig gesagt, wir sind bei den Geodaten vorbildlich, da sind ganz viele Datensätze auf opendata.swiss enthalten, inklusive der genauen Anleitung, wie man maschinenlesbar auf diese zugreifen kann. Das ist dort vorbildlich, auch diese ganze Metadatenbeschreibung.

Etwas weniger vorbildlich sind wir bei den anderen statistischen Daten. Die Daten, welche ihr im Zahlenteil des Jahresberichts bekommt, sind zwar im pdf vorhanden, aber wenn man aus diesen längere Datenreihen machen möchte, dann wird es schwierig. Da schneiden wir relativ schlecht ab. Doch wenn wir all diese Daten auch als Open Government Data, also digital und maschinenlesbar zur Verfügung stellen wollen, dann würde ein beträchtlicher Aufwand entstehen. Doch es ist klar, irgendwann müssen wir in diese Richtung weitergehen.

Dann noch zu Géraldine Boesch, du hast das "Change Management" oder eben die "Veränderungskultur" erwähnt. Das haben wir in die Strategie aufgenommen und das war auch ein ganz grosses Anliegen meines Abteilungsleiters Informatik. Schon im Anstellungsgespräch war es etwas vom ersten, was er gesagt hat, dass Informatik nicht nur Technik ist, sondern Informatik ist Mensch, ist Organisation und ist Technik. Diese drei Sachen müssen zusammenspielen, ansonsten kommt es nicht gut. Von daher ist dies voll auf dem Radar, dass es nicht nur auf die Technik darauf ankommt, sondern eben auch, dass der Mensch noch mitspielen muss und dass man auch die organisatorischen Prozesse entsprechend anpassen muss.

So viel von meiner Seite und nochmals danke für die gute Aufnahme.

Beschluss Planungserklärungen

Das Parlament stimmt dem Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion für folgende Planungserklärung zu:

Der Gemeinderat ergänzt seine strategischen Felder mit dem Punkt "Wirtschaftlichkeit".

Ziel: Digitalisierungsprojekte müssen auch aus Sicht der Gemeinde wirtschaftlich sein. Das heisst, der Nutzen eines Digitalisierungsvorhabens muss grösser sein als seine Kosten.

(Abstimmungsergebnis: 16 dafür, 15 dagegen)

Das Parlament stimmt dem Antrag der Grünen, Jungen Grünen Fraktion für folgende Planungserklärung zu:

Der Gemeinderat ergänzt die Digitalisierungsstrategie mit folgendem Ziel:

Die Daten der Gemeinde Köniz sollen grundsätzlich als Open Government Data gemäss den übergeordneten Richtlinien von Bund und Kanton zur Verfügung gestellt werden.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

Beschluss Kenntnisnahme Digitalisierungsstrategie

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Digitalisierungsstrategie 2024 – 2028 der Gemeinde Köniz.

(Abstimmungsergebnis: 31 zustimmend, 1 teilweise zustimmend, 0 ablehnend)

PAR 2024/72

ARA Sensetal, neues Organisationsreglement

Beschluss; Direktion Umwelt und Betriebe

1. Ausgangslage

Das heute geltende Organisationsreglement stammt aus dem Jahr 2005. Seitdem haben sich verschiedene rechtliche, technische und organisatorische Änderungen ergeben, die in die vorliegende Überarbeitung eingeflossen sind. Im Rahmen der Vorarbeiten zeigte sich, dass es einfacher und zielführender ist, das ganze Organisationsreglement auf den neusten Stand zu bringen und nicht, wie zuerst vorgesehen, nur eine Teilrevision vorzunehmen.

2. Vorarbeiten und Erläuterungen zu den revidierten Statuten

Die bewährten und gesetzeskonformen Bestimmungen werden, zum Teil sprachlich leicht überarbeitet übernommen, andere Regelungen werden aufgehoben oder neu ausgestaltet.

Formell erfährt das neue Organisationsreglement eine sprachliche Überarbeitung sowie eine geschlechtsneutrale Formulierung.

Formuliert wird neu auch der Umgang mit den elektronischen Medien, Einladungen können neu auf elektronischem Weg (E-Mail) verschickt werden zudem werden Informationen des Verbands zuhanden der Öffentlichkeit auch auf der Homepage veröffentlicht.

Weggelassen werden Regelungen, die für die Vertragsverhältnisse des Verbands gelten, weil dies nicht in diesem Erlass geregelt werden soll sondern in einer Vereinbarung zwischen den betroffenen Parteien.

Inhaltlich wurde das bestehende Organisationsreglement vor allem entschlackt, die wichtigen Anpassungen betreffen vor allem die Artikel 2, Artikel 5 (die Pflichten der Verbandsgemeinden werden neu zusammengefasst, inhaltlich aber keiner Änderung unterzogen), Artikel

14 (Neufassung der Aufgaben der DV), Artikel 23 (Subregionen und Vorstandsmitgliedschaft) sowie Artikel 29 und 30 (betriebliche Bestimmungen) werden soweit möglich, in einem Betriebsreglement geregelt, wobei nur noch die Grundsätze im Organisationsreglement enthalten sind.

Weiterhin hat der Verband seinen Sitz im Kanton Bern, weshalb auch dessen übergeordnete Gesetzgebung massgebend ist. Das Recht des Kantons Freiburg wird, soweit möglich, ebenfalls eingehalten und berücksichtigt.

Die Finanzierung der Anlagen und die Eigentumsverhältnisse bleiben inhaltlich unverändert und wurden höchstens sprachlich bearbeitet. Dasselbe gilt für die Schlussbestimmungen.

3. Folgen bei Ablehnung

Das in Kraft treten des neuen Organisationsreglement ist (sofern notwendig rückwirkend) für den 1. Januar 2025 vorgesehen, wobei für die abschliessende Genehmigung durch den Kanton die Zustimmung sämtlicher Verbandsgemeinden notwendig ist.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das neue Organisationsreglement der ARA Sensetal wird genehmigt.

Köniz, 26. Juni 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Neues Organisationsreglement, Beschlussvorlage
- 2) Kommentar und Erläuterungen zum neuen OgR der ARA Sensetal

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen Beschluss der Direktion Umwelt und Betriebe. Ihr habt die folgenden Sitzungsakten: Den Bericht und den Antrag des Gemeinderates. Zum Vorgehen: Da bei diesem Geschäft keine Abänderungsanträge möglich sind, gibt es keine Detailberatung. Daher hat zuerst die GPK-Referentin das Wort, dann folgen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder, der Gemeinderat und dann die Abstimmung. Falls das Geschäft bestritten ist, bitte ich entsprechende Voten in der Diskussion. Wenn es keine Voten dagegen gibt, mache ich von der stillschweigenden Annahme des Gemeinderatsantrags Gebrauch.

GPK-Referentin, Sandra Röthlisberger, GLP: Vorab danke ich Gemeinderat Hansueli Pestalozzi für die Beantwortung meiner Fragen bei der Geschäftsprüfung. Die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen.

Was hat die ARA Sensetal mit Köniz zu tun? Die Abwässer der Gemeinde Köniz werden in der Abwasserreinigungsanlage Sensetal in Laupen gereinigt, so dass keine schädlichen Stoffe in die Gewässer gelangen und die Umwelt und die Lebewesen darin geschützt werden. Mit den Restprodukten Klärgas und Wärme wird Energie erzeugt. Die Aufgaben umfassen also Umweltschutz, Gesundheitsschutz und Energiegewinnung. Kurz: Es ist ein Paradebeispiel der Kreislaufwirtschaft und elementar wichtig für unser Leben. In diesem Sinne lohnt es sich, der ARA Sensetal heute kurz unsere Aufmerksamkeit zu schenken.

Um was geht es? Die ARA Sensetal ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. 25 Gemeinden in den Kantonen Bern und Freiburg sind über einen Zusammenschluss miteinander verbunden. Das Organisationsreglement bildet die rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit, definiert die Aufgaben der verschiedenen Organe und regelt das Finanzielle.

Das aktuelle Organisationsreglement stammt aus dem Jahr 2005 und ist aufgrund der rechtlichen, technischen und organisatorischen Veränderungen nicht mehr zeitgemäss. Eine Teilrevision hat sich als unpraktikabel erwiesen, darum hat eine vollständige Überarbeitung, also eine Totalrevision stattgefunden. Die Delegiertenversammlung hat dies so beschlossen, Köniz ist dort mit sechs Delegierten vertreten.

Weil es sich jetzt um eine Totalrevision handelt, ist eine Ratifizierung durch die Parlamente resp. Gemeindeversammlungen der jeweiligen Verbandsgemeinden notwendig. Die Verbandsgemeinden konnten aber auch zum Reglement im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung nehmen. Köniz hat seinerzeit keine Vorbehalte zum neuen Organisationsreglement eingebracht.

Was ist die inhaltliche Änderung? Beinahe nichts. Das Reglement wird sprachlich überarbeitet und an die geschlechtsneutralen Formulierungen angepasst. Der Umgang mit elektronischen Medien wird geregelt, unnötige Regeln werden gestrichen und die Struktur wird übersichtlicher gestaltet. Die Pflichten der Verbandsgemeinden werden zusammengefasst und die Aufgaben der verschiedenen Gremien werden definiert. Die bestehenden Regelungen zur Finanzierung und zu den Eigentumsverhältnissen bleiben unverändert. Das Reglement orientiert sich primär an den Gesetzen des Kantons Bern, berücksichtigt aber auch die relevanten Bestimmungen des Kantons Freiburg.

Neu werden detaillierte betriebliche Bestimmungen in einem separaten Betriebsreglement ausgelagert. Das Betriebsreglement wird durch die Geschäftsleitung der ARA und vom Vorstand erarbeitet und soll dann an der Delegiertenversammlung im Jahr 2025 genehmigt werden. Der Entwurf wird den Verbandsgemeinden zur Vernehmlassung vor der Delegiertenversammlung 2025 unterbreitet.

Was sind die Folgen einer Ablehnung? Das ist eine interessante Frage und wurde im Text des Gemeinderatsantrags nicht genau beantwortet, weshalb ich dies gerne nachhole: Für die endgültige Genehmigung durch den Kanton, ist die Zustimmung aller Verbandsgemeinden erforderlich. Ohne Einstimmigkeit gilt das alte Reglement weiterhin. Wenn wir hier also ablehnen, dann scheitert diese Revision. Eine Ablehnung würde aber im Verband nicht verstanden, weil Köniz in der Vernehmlassung ja keine Vorbehalte gemacht hat.

Was ist der Zeitplan? Das neue Organisationsreglement soll per 1. Januar 2025 in Kraft treten.

Fazit: Die Totalrevision enthält keine relevanten inhaltlichen Änderungen. Wichtige Anpassungen sind neu im Betriebsreglement enthalten, das ist aber nicht Gegenstand unseres Beschlusses hier im Parlament, sondern soll auf Stufe Delegiertenversammlung genehmigt werden.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Katja Streiff ist eingetroffen, es sind somit 33 Parlamentsmitglieder anwesend.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Es ist wie zuvor: Sandra Röthlisberger hat dies perfekt zusammengefasst, da muss ich eigentlich beinahe nichts mehr sagen, ausser noch eine kleine Klarstellung: Es geht nicht das ganze Abwasser von Köniz in die ARA Sensetal. Das Meiste geht in die ARA Bern. Das ist eine Aktiengesellschaft und dort hat der Verwaltungsrat die Kompetenz, das Organisationsreglement zu genehmigen. Bei der ARA Sensetal ist der Teil der Gemeinde nach der Wässerscheide in Gasel betroffen. Dieses Abwasser geht in die ARA Sensetal.

Das ist zwar ein kleiner Teil, aber ein wichtiger und dort gibt es einen Gemeindeverband mit etwas anderen Regelungen und darum müssen wir jetzt hier das neue Organisationsreglement formal genehmigen und ich bin sehr froh, wenn ihr dies heute auch macht.

Beschluss

Das neue Organisationsreglement der ARA Sensetal wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Genehmigung)

PAR 2024/73

V2403 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, SVP-Fraktion) „Stärkung der Unabhängigkeit der Finanzkontrolle“

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat legt dem Parlament die nötigen rechtlichen Anpassungen vor, damit folgende Schritte zur Stärkung der Unabhängigkeit der Finanzkontrolle umgesetzt werden können:

1. Die Finanzkontrolle wird nach dem Vorbild des Kantons Bern organisiert: Sie ist weder dem Gemeinderat noch dem Parlament unterstellt.
2. Die Finanzkontrolle rapportiert direkt der Finanzkommission oder einem anderen Parlamentsorgan (Definition siehe Begründung) und dem Gemeinderat.
3. Die Leitung der Finanzkontrolle wird vom Parlament oder von der Finanzkommission bestimmt.
4. Die übrigen Mitarbeitenden der Finanzkontrolle werden von der Leitung der Finanzkontrolle im Rahmen ihres Budgets bestimmt.
5. Die Finanzkommission und allenfalls weitere Parlamentsorgane können der Finanzkontrolle Aufträge erteilen.
6. Die Umsetzung dieses Vorstosses geschieht in enger Abstimmung mit den hierfür geeigneten Parlamentsorganen.

Begründung

Hinweis 1: Mit «Parlamentsorgane» sind das Parlamentspräsidium, die Fachstelle Parlament, die parlamentarischen Kommissionen und das Parlamentsbüro gemeint.

Hinweis 2: Dieser Vorstoss bezweckt nicht, die Aufgaben des Rechnungsprüfungsorgans gemäss Art. 72 des kantonalen Gemeindegesetzes an die Finanzkontrolle zu übertragen, solange das Gemeindegesetz dies nicht zulässt.

Die Finanzkontrolle nimmt Aufsichts- und Beratungsaufgaben im Bereich der Gemeindeverwaltung wahr.¹ Dadurch leistet sie einen relevanten Beitrag zu wichtigen Zielen der Gemeinde: die Wirksamkeit der Verwaltungsarbeit wird erhöht, der Mitteleinsatz wird effizienter, Vorgaben werden noch genauer eingehalten.

Die Aufgaben der Finanzkontrolle sind nicht nur materiell anspruchsvoll, sondern sie bergen, wie alle Kontrolltätigkeiten, Potenzial für Konflikte mit den Kontrollierten. Aus diesem Grund ist es von grösster Bedeutung, dass die Finanzkontrolle institutionell unabhängig von den Kontrollierten ist.

¹ Siehe Verordnung über die Finanzkontrolle

(https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/12161/152.51_verordnung_finanzkontrolle.pdf?fp=3).

So wird auch in Art. 23 der Verwaltungsorganisationsverordnung² betont, dass die Finanzkontrolle unabhängig sein soll.

Zu Ziffer 1: Heute ist die Finanzkontrolle Teil der Direktion Präsidiales und Finanzen.³ Die nötige faktische Unabhängigkeit besteht damit nur bedingt, denn auch die Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF) wird durch die Finanzkontrolle kontrolliert. Zudem laufen beim Vorsteher/bei der Vorsteherin DPF nicht nur die Fäden der Finanzkontrolle, sondern auch jene der Finanzen zusammen. Dadurch entsteht potenziell eine bedeutende Informationsasymmetrie im Gemeinderat hinsichtlich Finanzen und Mitteleinsatz. Eine Verschiebung der Finanzkontrolle in eine andere Direktion würde diese Probleme aber nicht lösen. Die Lösung besteht darin, dass die Finanzkontrolle nicht mehr dem Gemeinderat unterstellt ist, wie dies analog auch beim Kanton Bern der Fall ist und im Grundsatz von bernischen Gemeinden übernommen werden kann.⁴ So ist eine klare institutionelle Unabhängigkeit von den Kontrollierten gegeben. Zudem werden problematische Konstellationen wie in Art. 4 der Verordnung über die Finanzkontrolle vermieden, wonach die Finanzkontrolle Entscheide ihrer direkt vorgesetzten Stelle anfechten muss, um sich durchzusetzen.

Zu Ziffer 2: Dem Parlament obliegt die Aufsicht über den Gemeinderat und die Oberaufsicht über die Verwaltung. Es liegt daher nahe, dass das Parlament über die Ergebnisse insbesondere der Kontrollberichte der Finanzkontrolle informiert wird. Aus Gründen der Arbeitsteilung innerhalb des Parlaments und der Vertraulichkeit der Berichte ist im Normalfall ein Parlamentsorgan, und nicht das Parlamentsplenum, Empfänger der Berichte. Die Kontrollberichte sollen (weiterhin) auch dem (Gesamt-)Gemeinderat vorgelegt werden sollen.

Zu Ziffer 3: Ein weiterer Schritt zur Stärkung der Unabhängigkeit der Finanzkontrolle von den Kontrollierten und vom Gemeinderat besteht darin, das Parlament die Leitung der Finanzkontrolle bestimmen zu lassen. Aus ähnlichen Gründen werden bereits heute die Aufsichtsstelle für Datenschutz und das Rechnungsprüfungsorgan vom Parlament bestimmt.

Zu Ziffer 4: Die Unabhängigkeit von den Kontrollierten und vom Gemeinderat soll nicht nur für die Leitung, sondern auch für die übrigen Mitarbeitenden der Finanzkontrolle gelten.

Zu Ziffer 5: Die Stärkung der Unabhängigkeit der Finanzkontrolle bringt es mit sich, dass neu geregelt werden muss, wer der Finanzkontrolle Aufträge erteilen kann. Seitens Parlament sollte dies zumindest die Finanzkommission sein. Ziffer 5 ist so zu verstehen, dass die Zustimmung des Gemeinderats nicht mehr erforderlich ist.

Köniz, März 2024

Eingereicht

18.03.2024

Unterschrieben von 15 Parlamentsmitgliedern

Casimir von Arx, Reto Zbinden, Roland Akeret, Fabienne Marti, Michael Gerber, Sandra Röthlisberger, Andreas Hauser, Katja Streiff, Matthias Müller, Jürg Mosimann, Florian Moser, Andrea Winzenried, Roland Hofer, Kathrin Gilgen, David Müller

²

https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/13753/152.011_verwaltungsorganisationsverordnung.pdf?fp=10.

³ Vgl. Art. 4 des Verwaltungsorganisationsreglements

(https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/12127/152_01_Verwaltungsorganisationsreglement.pdf?fp=1).

⁴ Vgl. das neue «Reglement über die Finanzkontrolle der Stadt Bern», https://ris.bern.ch/Geschaefte.aspx?obj_guid=cb7faafcd3ae4a0fb0a78db9207e30f2.

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Für die Umsetzung dieser Motion wären Änderungen in Reglementen (z.B. Verwaltungsorganisationsreglement) und/oder die Erarbeitung von neuen Reglementen erforderlich. Das Parlament beschliesst den Erlass, die Änderung und die Aufhebung aller Reglemente und Pläne, die nicht nach besonderer Vorschrift einem anderen Organ vorbehalten sind (Art. 44 Gemeindeordnung, GO).

Gemäss Art. 60 Bst. f GO beschliesst der Gemeinderat den Erlass, die Aufhebung oder die Änderung der Verordnung über die Finanzkontrolle (Finanzinspektorat). Deshalb müsste voraussichtlich zusätzlich die Gemeindeordnung geändert werden. Dies würde eine Volksabstimmung erfordern.

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat somit einen verpflichtenden Auftrag (siehe Beilage: Motionsprüfung vom 25. März 2024).

2. Das Motionsanliegen

Die Motion verlangt, dass die Finanzkontrolle der Gemeinde Köniz in Zukunft nach dem Vorbild des Kantons Bern organisiert werden soll. Die Finanzkontrolle soll demnach als "unabhängige Stelle" weder dem Gemeinderat noch dem Parlament unterstellt werden. Die Leitung der Finanzkontrolle soll vom Parlament oder von der Finanzkommission bestimmt werden. Die übrigen Mitarbeitenden der Finanzkontrolle sollen direkt von der Leitung der Finanzkontrolle im Rahmen ihres Budgets bestimmt werden. Die Finanzkontrolle soll der Finanzkommission oder einem anderen "Parlamentsorgan" (gemäss Vorstosstext dem Parlamentspräsidium, der Fachstelle Parlament⁵, den parlamentarischen Kommissionen oder dem Parlamentsbüro) und dem Gemeinderat rapportieren. Die Finanzkommission oder allenfalls andere Parlamentsorgane sollen der Finanzkontrolle Aufträge erteilen können, der Gemeinderat soll nicht mehr befugt sein, Aufträge an die Finanzkontrolle zu erteilen.

Mit Umsetzung der Motion soll somit die Finanzkontrolle als selbstständige Organisationseinheit vollumfänglich vom Gemeinderat und von der Gemeindeverwaltung abgekoppelt werden. Die Finanzkontrolle soll nur noch im Auftrag der FIKO oder anderer parlamentarischer Organe tätig werden. Eine Aufsicht im Sinne einer "Unterstellung" oder administrativer Zuordnung der Finanzkontrolle ist nicht vorgesehen.

3. Aktuelle Stellung, Aufgaben und Organisation der Finanzkontrolle in Köniz

Die Gemeinde Köniz hat seit mehr als 15 Jahren ein "dualistisches Modell" der Rechnungsprüfung und Finanzkontrolle, welches einerseits aus einer internen Kontroll- und Revisionsstelle (Finanzkontrolle) und andererseits aus einer externen Revisionsstelle besteht. Die interne Revision unterstützt in erster Linie den Gemeinderat und die Verwaltung in der Kontrolle über den Finanzhaushalt, während die externe Revisionsstelle von der Finanzkommission des Parlaments gewählt wird und deren Aufträge umsetzt, mit Fokus auf die Revision der Jahresrechnung. Die externe Revisionsstelle führt zusätzlich zur Revision der Jahresrechnung noch ausgewählte zusätzliche Aufgaben im Auftrag der parlamentarischen Kommissionen durch, wie z.B. die Überprüfung des internen Registers über Nebenbeschäftigungen, Interessenbindungen und nebenamtliche Funktionen der Gemeinderatsmitglieder (im Auftrag der GPK).

Die Finanzkontrolle unterstützt gemäss Art. 23 Verwaltungsorganisationsverordnung (VOV) den Gemeinderat bei seiner Aufsicht über die Verwaltung. Sie berät im Weiteren den Gemeinderat und die Verwaltung in betriebswirtschaftlichen Belangen. Die Finanzkontrolle ist in ihrer Tätigkeit in Köniz dem Gesamt-Gemeinderat direkt verantwortlich, fachlich aber unabhängig. Administrativ ist die Finanzkontrolle der Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF) zugeordnet. Die detaillierten Aufgaben der Finanzkontrolle sind in der Verordnung über die Finanzkontrolle vom 14. März 2007, letzte Änderung vom 2. November 2016, der Verwaltungsorganisationsverordnung vom 8. Juli 2009, letzte Änderung am 22. November 2023 sowie im FIKO-Reglement vom 14. Februar 2011, letzte Änderung am 17. Januar 2022 umschrieben.

⁵ Die Fachstelle Parlament ist nach Ansicht des Gemeinderats kein Parlamentsorgan, sondern eine unterstützende Verwaltungsstelle. Ein rapportieren einer externen Finanzkontrolle an die Fachstelle Parlament wäre demnach nach Ansicht des Gemeinderats systemfremd.

Diese umfassen:

3.1 Jahresrechnung und Berichterstattung: Vorleistungen für die externe Revisionsstelle (Art. 1 Abs. 5 VO über Finanzkontrolle und Art. 6 Abs. 2 und 3 FIKO Reglement)

Die Finanzkontrolle leistet im Umfang von 400 Stunden pro Jahr interne Vorarbeiten für die Rechnungsprüfung durch die von der Finanzkommission eingesetzte externe Revisionsstelle.

Im Rahmen der Unterstützung der externen Revision erstellt die Finanzkontrolle zudem gemeinsamen mit der externen Revisionsstelle einen Erläuterungsbericht z.H. des Gemeinderats, welcher - mit der Stellungnahme des Gemeinderats - der Finanzkommission zur Kenntnis vorgelegt wird.

3.2 Interne Revision (Art. 2 VO über die Finanzkontrolle)

Die Finanzkontrolle ist zuständig für die interne Revision der Gemeindeverwaltung. Diese umfasst Prüfungsaufgaben zu Organisation, Verfahren und Abläufen der Gemeindeverwaltung sowie von Stellen und Organen, welche der Aufsicht des Gemeinderats oder des Gemeindepräsidiums unterliegen; die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und Weisungen; den wirtschaftlichen Einsatz der Mittel der Verwaltung; der Schutz der Vermögenswerte gegenüber Verlusten jeder Art; die Berichterstattung auf den verschiedenen Verwaltungsstufen sowie die Abrechnungen über Verpflichtungskrediten welche vom Gemeinderat genehmigt werden.

Im Rahmen der internen Revisionsaufgaben führt/e die Finanzkontrolle u.a. folgende Tätigkeiten aus:

- Prüfung der abgerechneten Verpflichtungskredite, inkl. Verfassen der Gemeinderats- bzw. Parlamentsanträge und Beratung der Abteilungen bei der Erstellung Kreditabrechnungen;
- Koordination des jährlichen Risikomanagements im Auftrag des Gemeinderats, inkl. der Überarbeitung des Risikokatalogs und dem Reporting zu den strategischen Kernrisiken z.H. des Gemeinderats auf der Grundlage eines Reportings aller Abteilungen;
- Durchführung unangemeldeter Kassenprüfungen in ausgewählten Verwaltungseinheiten;
- Durchführung von jährlich 1-2 Dienststellenrevisionen (z.B. aktuell des Polizeinspektorats);
- Kontrolle (Vollständigkeit, Korrektheit der Erfassung, Risiken, etc.) des digitalen Vertragsmanagementtools der Verwaltung;
- Unterstützung von Direktionen und Abteilungen bei Reorganisationsprozessen (Prüfung von Abläufen, Doppelspurigkeiten, Diagnose über Effizienz der Organisationseinheiten im Auftrag GR, Direktionen, Abteilungen);
- Überprüfung der Kontrollmechanismen bei den FILAG Zahlungen;
- Aufsicht über das Teilprojekt digi-fin (Digitalisierung der Finanzprozesse) mit Fokus auf das IKS.

3.3 Sonderaufgaben im Auftrag des Gemeinderats und des Gemeindepräsidiums (Art. 3 VO über die Finanzkontrolle)

Der Gemeinderat und das Gemeindepräsidium können der Finanzkontrolle im Einzelfall zusätzliche Kontrollaufgaben übertragen. Beispiele:

- Unterstützung bei der Umsetzung und dem Controlling der letzten beiden grossen Aufgabenüberprüfungen der Gemeinde;
- Projektmitarbeit bei der Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung der Wasser- und der Abwasserversorgung;
- Stichprobenweise Prüfung der Prozesse/Beschlüsse und Ausgaben während dem budgetlosen Zustand im 1. Halbjahr 2022;
- Kontrolle der Beschaffungen und Arbeitsvergaben bezüglich Einhaltung der übergeordneten gesetzlichen Bestimmungen sowie der kommunalen Vorgaben und Richtlinien.

3.4 Interne Beratung (Art. 8 VO über die Finanzkontrolle)

Die Finanzkontrolle berät zudem den Gemeinderat und die Verwaltung in betriebswirtschaftlichen Belangen.

Diese kann sowohl den Bereich Führungsunterstützung also auch die Verwaltungsberatung in betriebswirtschaftlichen Fragen umfassen. Ein Beispiel hierzu ist die Beratung sowie Abklärungen zur zukünftigen Bewirtschaftung des Stellenplans bei den Tagesschulen.

3.5 Abklärungen für die Finanzkommission (Art. 9a FIKO Reglement und Art. 8a VO über die Finanzkontrolle)

Die Finanzkommission kann für Prüfungsaufgaben und für die Beratung in betriebswirtschaftlichen Belangen die Finanzkontrolle der Gemeinde beiziehen. Dabei kann die Finanzkommission die Finanzkontrolle mit spezifischen Abklärungen beauftragen. Die Finanzkommission richtet den Auftrag an das Gemeindepräsidium, welches den Auftrag an die Finanzkontrolle weiterleitet. In begründeten Fällen kann das Gemeindepräsidium einen Auftrag ablehnen und die Finanzkommission an externe Personen verweisen. Beispiele:

- Unterstützung der Finanzkommission bei der Ausschreibung und der Auswahl des externen Rechnungsprüfungsorgans;
- Informationen/Berichterstattung z.H. der Finanzkommission zu spezifischen Fragen/Themen (z.B. IKS, follow up budgetloser Zustand).

3.6 Weitere Aufgaben (Art. 8 b und 8 c VO über die Finanzkontrolle)

Die Finanzkontrolle kann zudem gemäss Art. 8 VO andere Organisationseinheiten und den Gemeinderat bei der Zusammenarbeit mit Institutionen, an welchen die Gemeinde beteiligt ist oder welchen eine öffentliche Aufgabe übertragen worden ist, unterstützen; insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung abgeschlossener Vereinbarungen. Die Finanzkontrolle kann des Weiteren für Institutionen, an welchen die Gemeinde beteiligt ist oder welchen eine öffentliche Aufgabe übertragen worden ist, als Revisionsstelle tätig sein. So amtiert sie als Revisionsstelle für diverse Vereine wie bspw. den Verein Könizer Bibliotheken, Verein Kulturhof Schloss Köniz, etc.

Eine weitere Aufgabe gemäss Art. 8 c VO über die Finanzkontrolle ist die Aufsicht über die ihrer Bestimmung nach der Gemeinde angehörenden Stiftungen. Die Finanzkontrolle führt im Rahmen der Stiftungsaufsicht jährlich 6-8 Prüfungen mit Bericht und Rechnungsstellung gemäss Verordnung durch. Dabei erbringt sie auch gewisse Beratungsdienstleistungen (z.B. Löschungen, Fusionen).

4. Berichterstattung der Finanzkontrolle (Art. 6 VO über die Finanzkontrolle)

Die Finanzkontrolle unterbreitet dem Gemeinderat jährlich einen Aktivitätenbericht, zusammen mit einem Arbeitsplan und einer "Zielvereinbarung" für das nächste Jahr. In wichtigen und dringenden Fällen hat die Orientierung umgehend zu erfolgen; die Finanzkontrolle ist ermächtigt, in diesen Fällen dem Gemeinderat direkt zu berichten. Bei Verdacht auf strafbare Handlungen muss die Finanzkontrolle umgehend das Gemeindepräsidium informieren.

5. Aufwand der Finanzkontrolle

Aktuell (Stand Juni 2024) verfügt die Finanzkontrolle zur Ausführung ihrer diversen Aufgaben über 140 Stellenprozente, verteilt auf zwei Stellen à je 70%. Der Nettoaufwand hat im Jahr 2023 CHF 201'000 betragen, wobei die Stellenprozente im Jahr 2023 etwas höher waren.

Die Leistungszeiterfassung 2023 zeigt folgende prozentuale Verteilung auf die Aufgaben;

- Revision Jahresrechnung und Berichterstattung (ca. 40%)
- Prüfung Kreditabrechnungen und Berichterstattung (ca. 25%)
- Interne Beratungen, Organisationsberatungen, Projektmitarbeit, Sonderaufgaben, Abklärungen und Berichte (ca. 15%)
- Risiko Management mit Berichterstattung (ca. 5%)
- Externe Institutionen (Reviews) und Stiftungsaufsicht (ca. 5%)
- Leitung/Planung, Rapporte mit GR/GP, Kadersitzungen, Weiterbildung, Fachliteratur, Administration (ca. 10%).

Die Liste zeigt auf, dass für die Revision und Berichterstattung der Jahresrechnung sowie die Prüfung und Berichterstattung der Kreditabrechnungen z.H. des Gemeinderats und des Parlaments von der Finanzkontrolle am meisten Zeit investiert wurde.

6. Vergleich mit den Finanzkontrollen des Kantons, der Städte Bern, Thun, Biel und weiteren Gemeinden

Die Finanzkontrolle des Kantons Bern ist das "oberste Fachorgan der Finanzaufsicht" des Kantons Bern. Die kantonale Finanzkontrolle ist eine selbstständige Organisationseinheit, fachlich unabhängig, nicht weisungsgebunden und in ihrer Tätigkeit nur der Verfassung und dem Gesetz verpflichtet. Die Aufgaben, Pflichten und Rechte sind im Kantonalen Finanzkontrollgesetz (KFKG) aufgeführt. Die Finanzkontrolle des Kantons Bern verfügt über eine eigene Geschäftsleitung, ein Budget von ca. CHF 4 Mio. sowie über rund 24 Vollzeitstellen, sie ist somit ca. 20-mal grösser als die Finanzkontrolle in Köniz. Zudem kann die kantonale Finanzkontrolle auf eigene Rechts- und Sekretariatsdienste zurückgreifen.

Von den 4 grossen Berner Gemeinden haben die Städte Biel, Bern und Köniz ein "dualistisches Modell", bestehend aus einer internen Finanzkontrolle/Finanzinspektorat und einer externen Revisionsstelle. Thun hat dieses Modell im 2021 ebenfalls eingeführt aber später wieder kurzfristig angepasst, aufgrund einer internen Personalsituation. Seither wird die Jahresrechnung vollständig von dem externen Rechnungsprüfungsorgan geprüft, eine interne Finanzkontrolle gibt es nicht mehr. Die Stadt Bern, deren Finanzkontrolle mit ca. 650 Stellenprozenten rund 4,5-mal grösser ist als jene der Gemeinde Köniz, wird ihr Modell voraussichtlich per 01.01.2025 anpassen und ähnlich dem Kanton als selbstständige Organisationseinheit einführen.

Kleinere und mittelgrosse Gemeinden wie Ostermundigen, Burgdorf, Lyss, Steffisburg und Spiez (Einwohnerzahlen zwischen rund 12'000 bis 18'000) verfügen über keine interne Finanzkontrolle. Die Jahresrechnung wird vollständig durch das externe Rechnungsprüfungsorgan geprüft. Gewisse interne Finanzkontrollaufgaben (z.B. Risikomanagement, Kreditabrechnungen, IKS) werden - sofern vorhanden - von der Finanzabteilung direkt wahrgenommen. Die Abklärungen haben gezeigt, dass dieses "Modell" (externe Revision, eingeschränktes Finanzcontrolling direkt durch die Finanzabteilung) grundsätzlich von den kleineren und mittelgrossen Gemeinden mit einer Einwohner:innenzahl von weniger als 20'000 angewandt wird.

7. Beurteilung des Gemeinderats

Der Gemeinderat kann das Anliegen der Motion 2403 (Unabhängigkeit der Revision und Finanzkontrolle) im Grundsatz nachvollziehen. Der Gemeinderat hat aber grosse Bedenken, ob eine unabhängige nach dem Vorbild des Kantons ausgestaltete Finanzkontrolle dieses Ziel erreicht und insbesondere ob dies für die Situation und die Bedürfnisse der Gemeinde Köniz geeignet ist, aus folgenden Gründen:

Grosse Unterschiede zwischen dem Kanton und der Gemeinde Köniz: Die Gemeinde Köniz ist sowohl hinsichtlich Grösse/Ressourcen, der Organisation/Verwaltungsstruktur sowie den Verantwortlichkeiten und Abläufen nicht mit dem Kanton vergleichbar. Die kantonale Finanzkontrolle verfügt wie oben ausgeführt über ein eigenes Budget von CHF 4 Mio. und einen eigenen Verwaltungsapparat mit Sekretariat und Rechtsdienstleistungen, sodass sie als selbstständige Organisationseinheit funktionieren kann. Ein ähnliches Modell wäre für die Gemeinde Köniz mit aktuell 140 Stellenprozenten nach Ansicht des Gemeinderats nicht umsetzbar und auch nicht zielführend. Mit den vorhandenen Ressourcen könnte die Finanzkontrolle als von der Verwaltung ausgegliederte Organisation nicht in gleicher Qualität funktionieren. Sie könnte viele der bisher ausgeführten Aufgaben nicht mehr wahrnehmen.

Verlust von Effizienz und Effektivität: Würde die Finanzkontrolle aus der Verwaltung ausgegliedert, entgehen ihr zahlreiche wichtige Informationen aus den laufenden Geschäften und zu Abläufen, da kein regelmässiger Austausch mit den Abteilungen mehr stattfindet. Die Finanzkontrolle kann nicht zuletzt dank dem wiederkehrenden Einbezug und den dadurch erhaltenen aktuellen Informationen ihre Arbeit effizient und wirksam erledigen. Wissen wird auch durch Austausch generiert, die interne Kenntnis der Verwaltung und deren Abläufe ist für die Qualität der Arbeit der Könizer Finanzkontrolle entscheidend. Als kleine Organisationseinheit ist die Finanzkontrolle besonders stark auf regelmässigen Austausch angewiesen.

Durch die administrative Zuordnung zu einer Direktion und die räumliche Einbindung in die Verwaltung kann sie mit dem jetzigen Modell zudem auf unbürokratische Art von den Dienstleistungen der Verwaltung profitieren. All dies würde beim kantonalen Modell wegfallen.

Schwächung der Qualität der Kontrolle über den Finanzhaushalt: Laut Motionsanliegen Ziffer 5 könnte der Gemeinderat in Zukunft der Finanzkontrolle keine Aufträge mehr erteilen. Gleichzeitig könnte eine selbstständige von der Verwaltung abgekoppelte Organisationseinheit in der Grösse der Könizer Finanzkontrolle nach Ansicht des Gemeinderats nicht mit derselben Tiefe und Regelmässigkeit Kontrollaufgaben wahrnehmen. Damit würde die Qualität der Kontrolle über den Finanzhaushalt insgesamt geschwächt. Als Beispiel kann hier die Revision der Jahresrechnung aufgeführt werden. Die externe Revisionsstelle gibt Empfehlungen für Verbesserungen ab. Die interne Finanzkontrolle stellt anschliessend sicher, dass diese umgesetzt werden und begleitet gleichzeitig die Umsetzung beratend. Dies scheint dem Gemeinderat im Hinblick auf eine Fehlerkultur wirksamer und fundierter als eine jährliche Kontrolle durch eine externe Stelle. Auch hinsichtlich der Vorleistungen der internen Finanzkontrolle für die externe Revisionsfirma hat letztere bei der Rechnungsrevision explizit auf die fundierte und für die externe Revisionsfirma sehr wertvolle Vorarbeit der internen Finanzkontrolle hingewiesen. Diese Vorleistungen würden beim kantonalen Modell in Zukunft wegfallen bzw. könnten diese durch eine unabhängige Organisationseinheit wohl nicht in gleicher Qualität geleistet werden.

Die Unabhängigkeit und Gewaltenteilung ist mit dem aktuellen Modell grösstenteils gewährleistet: Im aktuellen "dualistischen Modell" dient die Finanzkontrolle in erster Linie dem Gemeinderat und der Verwaltung, das externe Rechnungsprüfungsorgan dient primär dem Parlament und der Finanzkommission. Somit kann sowohl die Exekutive als auch die Legislative auf ein Kontroll- und Prüforgan zugreifen, womit eine Trennung im Sinne der Gewaltenteilung grundsätzlich gewährleistet ist. Dass der Gemeinderat der Finanzkontrolle Auftrag erteilen kann, ist insbesondere auch deshalb wichtig, weil der Gemeinderat die Verantwortung für den Finanzhaushalt trägt (Art. 71 Gemeindegesetz).

Beim kantonalen Modell könnte ein Teil der Kontrollaufgaben allenfalls direkt von der Finanzabteilung übernommen werden, analog dem Modell der Gemeinden mit weniger als 20'000 Einwohner:innen. Hierfür müssten zusätzliche Ressourcen gesprochen werden. Damit würde aber die in der Motion geforderte Unabhängigkeit nach Ansicht des Gemeinderats für einen Teil der heute von der Finanzkontrolle ausgeübten Kontrollaufgaben eher reduziert als gestärkt.

Des Weiteren erledigt die Finanzkontrolle ihre Aufgaben bereits heute gemäss Art. 23 VOV fachlich unabhängig. Dem Gemeinderat ist in der langjährigen Tätigkeit der Könizer Finanzkontrolle kein einziger Fall bekannt, in welchem deren fachliche Unabhängigkeit in Frage gestellt wurde. Zudem hat die Finanzkommission des Parlaments schon jetzt die Möglichkeit, die Finanzkontrolle mit Abklärungen zu beauftragen. Lehnt das Gemeindepräsidium den Auftrag ab, wird die Kommission an externe Personen verwiesen (Art. 8a Abs. 2 Verordnung über die Finanzkontrolle), sodass der Auftrag extern durchgeführt wird. So ist sichergestellt, dass Abklärungen der Legislative von der Exekutive nicht grundsätzlich abgeblockt werden können. Die Finanzkommission hat somit auch mit dem aktuellen System das Recht und die Möglichkeit, spezifische Finanzkontrollaufgaben unabhängig vom Gemeinderat in Auftrag zu geben.

Das Konfliktpotenzial ist mit dem aktuellen Modell gering (und könnte mit dem neuen Modell eher steigen): Die Motion erwähnt in der Begründung das Potenzial für Konflikte zwischen der Finanzkontrolle und den "Kontrollierten". Dem Gemeinderat, der Leiterin der Finanzkontrolle sowie langjährigen Mitarbeitenden der Verwaltung ist in der über 15-jährigen Tätigkeit der Finanzkontrolle kein Beispiel eines derartigen Konflikts mit der Verwaltung, dem Gemeinderat oder einzelnen Gemeinderatsmitgliedern oder auch mit der Finanzkommission oder dem Parlament bekannt. Falls dieses Risiko in Zukunft bei einem spezifischen Fall bestehen sollte, kann die Finanzkommission des Parlaments von sich aus - wie oben ausgeführt - Externe beiziehen und beauftragen.

Nach Ansicht des Gemeinderats ist das Konfliktpotenzial bei einem Modell nach Vorbild Kanton nicht geringer. Mit einer selbstständigen Organisationseinheit würden zusätzliche Schnittstellen geschaffen, so dass das Konfliktpotenzial eher steigen könnte.

Das neue Modell benötigt bedeutend mehr Ressourcen: Das für den Gemeinderat wichtigste Argument gegen die Einführung des kantonalen Modells ist der zu erwartende Ressourcenanstieg. Die Könizer Finanzkontrolle ist mit einem Budget von netto CHF 201'000 (140 Stellenprozente) vergleichsweise schlank organisiert. Für die externe Revisionsstelle sind im Budget CHF 24'000 für eingestellt.

Wie oben aufgeführt, könnte die Finanzkontrolle nicht mehr wie bisher auf "integrale" Verwaltungsdienstleistungen (z.B. Fachstelle Recht) zurückgreifen. Auch für die Informationsbeschaffung und Kenntnis der Abläufe der Verwaltung müsste eine vollständig unabhängige Finanzkontrolle bedeutend mehr Zeit investieren, welche - bedingt durch die bescheidene Grösse der Finanzkontrolle in Köniz - zu verhältnismässig hohem Zusatzaufwand führen würde. Zudem müsste mit der Einsetzung einer selbstständigen Organisationseinheit mit zusätzlichem Koordinationsaufwand zwischen Finanzkontrolle, Gemeinderat, Verwaltung, Parlament (insbesondere auch der Fachstelle Parlament) gerechnet werden, mit entsprechendem Zusatzaufwand für alle Beteiligten.

8. Fazit

Dem Gemeinderat ist bewusst, dass das heutige "dualistische Modell" der Könizer Finanzkontrolle dem Anspruch auf 100-prozentige Unabhängigkeit nicht vollständig nachkommt. Er ist aber überzeugt, dass das Könizer Modell effizient, schlank, zielführend und für die Situation und die spezifischen Bedürfnisse der Gemeinde Köniz am besten geeignet ist. Die Finanzkontrolle hat sich in ihrer über 15-jährigen Tätigkeit in der aktuellen Form bewährt. Aus diesem Grund wurde deren Wirksamkeit, deren Qualität und deren Unabhängigkeit nie ernsthaft in Frage gestellt.

Die Einführung einer Finanzkontrolle nach kantonalem Modell lehnt der Gemeinderat ab, weil er der Ansicht ist:

- dass das kantonale Modell einer selbstständigen Organisationseinheit gegenüber der dualistischen Lösung aufgrund der grossen Unterschiede in Grösse, Organisation und den Abläufen für die Gemeinde Köniz mehr Nachteile als Vorteile hätte;
- dass das kantonale Modell weniger effizient und wirksam wäre und somit auch die Qualität der Kontrolle über den Finanzhaushalt der Gemeinde insgesamt geschwächt würde;
- dass zahlreiche bisher von der Finanzkontrolle ausgeführte Aufgaben von einer Finanzkontrolle nach kantonalem Modell nicht übernommen werden könnten, so dass diese Aufgaben wegfallen würden oder intern von der Finanzabteilung übernommen werden müssten;
- dass die Unabhängigkeit der Finanzkontrolltätigkeit insgesamt nicht gestärkt würde;
- dass das Konfliktpotenzial zwischen den Beteiligten mit dem neuen Modell eher steigen könnte; und vor allem
- dass die Anwendung des kantonalen Modells für die Gemeinde Köniz bedeutend mehr Ressourcen benötigen würde, insbes. bei der Finanzkontrolle, aber auch bei Parlament/FIKO, der Fachstelle Parlament und in der Gemeindeverwaltung (Finanzabteilung).

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 3. Juli 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 25. März 2024

Diskussion

Erstunterzeichner Casimir von Arx, GLP: Der Staat funktioniert immer nur so gut, wie seine Institutionen aufeinander abgestimmt sind. Das ist in Köniz nicht anders als in Bern, im Kanton oder beim Bund. Wenn Rechte, Pflichten und Macht richtig auf die Institutionen verteilt sind, führt das zu besseren Resultaten, mehr Transparenz und einer besseren Fehlerkultur.

Und es ist eine Prävention gegen Machtmissbrauch. Man spricht in diesem Zusammenhang von Checks and Balances. Dazu gehört, dass eine Kontrollstelle nicht den Kontrollierten unterstellt ist. Genau das verlangt unsere Motion. Eigentlich ist es ein No-Brainer.

Offenbar aber sieht dies der Gemeinderat anders. Seine Antwort lässt gut erkennen, dass er das Ziel der Motion nicht teilt. Er möchte keine unabhängige Kontrollstelle haben. Diese Meinung kann man haben, aber die Antwort des Gemeinderats kann man nicht so stehen lassen:

- Zuerst einmal geht der Gemeinderat von einer falschen Annahme aus: Er sagt, die Motion verlange, dass der Gemeinderat der Finanzkontrolle keine Aufträge mehr erteilen könne. Das stehe so in Ziffer 5 der Motion. Diese Behauptung ist nicht nur offensichtlich falsch, sie ist auch absurd und nicht nachvollziehbar. In Ziffer 5 steht nirgends, der Gemeinderat dürfe keine Aufträge mehr erteilen. Vor allem aber ist die Möglichkeit für den Gemeinderat, der Finanzkontrolle Aufträge zu erteilen, in Ziffer 1 enthalten. Vom Prinzip Vorbild für die Revision ist nämlich gemäss Ziffer 1 die kantonale Finanzkontrolle und dieser darf der Regierungsrat sehr wohl Aufträge erteilen – und zwar sowohl Prüfaufträge wie auch Aufträge für fachliche Unterstützung. Also genau das, wofür es uns ebenfalls geht.
- Die Annahme des Gemeinderats ist also falsch und daher, wenig überraschend, auch seine Schlussfolgerungen. Nein, der Gemeinderat muss kein zusätzliches Personal rekrutieren, welches die heutigen Aufgaben der Finanzkontrolle intern übernimmt. Das ist falsch. Wenn diese Motion angenommen wird, werden im Wesentlichen dieselben Personen dieselben Aufgaben erledigen – einfach ohne Abhängigkeitsverhältnis.
- Zudem zeichnet der Gemeinderat ein unzutreffendes Bild davon, was es bedeutet, wenn eine Finanzkontrolle unabhängig ist. Wenn man die Antwort liest, bekommt man den Eindruck, eine unabhängige Finanzkontrolle sei eine völlig von der Verwaltung losgelöste Einheit, die zudem nur einmal pro Jahr mit der Verwaltung Kontakt aufnimmt. Auch das ist natürlich nicht so, wie auch hier ein Blick beispielsweise auf die kantonale Finanzkontrolle gezeigt hätte. Auch eine unabhängige Finanzkontrolle ist punkto Personalrecht, Lohnwesen, Buchhaltung, Informatik und Unterbringung in der Verwaltung integriert. Die Unabhängigkeit bezieht sich auf die inhaltliche Aufgabenerfüllung und – wichtig – auf die Kommunikation über die Resultate. Zudem steht auch eine unabhängige Finanzkontrolle im Rahmen ihrer Aufträge in permanentem Austausch mit der Verwaltung.

Da für Erstunterzeichner neu kürzere Redezeiten gelten, möchte ich aber nicht weiter auf die Antwort des Gemeinderats eingehen, sondern mich noch zwei anderen Themen widmen.

Erstens, die Grösse: Wenn wir diese Motion annehmen, betreten wir kein Neuland. Es ist nicht neu, dass eine Gemeinde eine unabhängige Finanzkontrolle führt. Es ist auch nicht neu, dass eine unabhängige Finanzkontrolle aus nur zwei Mitarbeitenden besteht. Das gibt es beispielsweise auch im Kanton Appenzell-Ausserrhoden, der von der Grösse her mit Köniz vergleichbar ist. Die unabhängige Finanzkontrolle von Appenzell-Ausserrhoden hat zwei Mitarbeitende. Es funktioniert bestens, ich habe mich persönlich informieren lassen.

Das zweite Thema ist die Miliztauglichkeit: Unlängst haben wir festgestellt, dass die Schulkommission mit der Führung der Schulleitungen überfordert ist. Diesbezüglich brauchen wir uns aber keine Sorgen zu machen. Eine unabhängige Finanzkontrolle funktioniert grundsätzlich autonom. Sie wird von niemandem geführt, auch nicht vom Parlament oder der Finanzkommission. Sonst wäre sie nicht unabhängig. Sie ist lediglich dem Gesetz verpflichtet.

Was es gibt, ist eine Aufsicht. Und zwar eine Aufsicht über genau eine Person: Die Leitung der Finanzkontrolle. Wohlverstanden ist auch dies keine fachliche Aufsicht, sondern es geht darum, dass jemand intervenieren könnte, wenn die Finanzkontrolle aus dem Ruder läuft oder wenn die Leitungsperson irgendwie krank wird oder durchdreht oder was auch immer. Diese Aufgabe beläuft sich im Kanton im Normalfall auf eine Besprechung pro Jahr unter vier Augen. Wer diese Aufgabe wahrnimmt, darüber kann man diskutieren.

Zudem ist mit ein, zwei Koordinationsbesprechungen pro Jahr zu rechnen, an denen man darüber spricht, wie die laufenden Prüfungen voranschreiten. Auch wer diese Aufgabe wahrnimmt, kann man diskutieren. Seitens Parlament braucht es hierfür kein spezielles Fachwissen. Es reicht eine kritisch-konstruktive Grundhaltung, gesunder Menschenverstand und ein wenig Erfahrung in der Gemeindepolitik. Damit überfordern wir das Milizsystem gewiss nicht. Die Milizaufsicht über Finanzkontrollen ist in der Schweiz der Normalfall – im Unterschied zur Milizführung von Schulleitungen.

Wenn wir aber über die Bedeutung für das Milizsystem sprechen, müssen wir vor allem beachten, was es für uns Milizpolitikerinnen und -politiker zu gewinnen gibt. Eine starke, unabhängige Finanzkontrolle ist etwas vom Besten, was uns passieren kann. Sie unterstützt uns bei unserer eigenen Aufsichtstätigkeit. Und sie entlastet uns dann, wenn es wirklich darauf ankommt, enorm.

Wir können schon selbst Untersuchungen durchführen, eine PUK einsetzen. Aber seien wir ehrlich: Das bringt uns ans Limit und nicht diese wenigen Besprechungen pro Jahr.

Und noch wichtiger: Eine unabhängige Finanzkontrolle löst Probleme, ohne dass wir überhaupt etwas machen müssen. Das ist die präventive Wirkung einer funktionierenden Kontrolle. Im Grunde genommen könnte auch der Gemeinderat eigentlich ein Interesse an einer tatsächlich unabhängigen Finanzkontrolle haben. Denn diese kann das Parlament im Hintergrund informieren, ohne dass gleich alle Probleme in der Öffentlichkeit breit getreten werden.

Ich bitte euch, diese Motion anzunehmen. Sie bringt einen klaren Fortschritt für unsere Gemeinde und ihre Institutionen. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion unterstützt die Motion einstimmig.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Diese Motion scheint uns ein Misstrauensvotum gegenüber der aktuellen Situation zu sein. Es ist richtig, dass die Governance im heutigen Könizer Modell vielleicht nicht ganz zu 100% eingehalten werden kann. Vor allem in Bezug auf die Vorarbeiten zur Rechnungsprüfungsrevision. Die Finanzkontrolle ist heute ein Teil der Direktion Präsidiales und Finanzen mit direkter organisatorischer Unterstellung dem Gemeinderat. Die externe Revisionsstelle ist ein unabhängiges externes Unternehmen.

Die SP/JUSO-Fraktion vertritt die Meinung, dass es sich beim bestehenden Modell um eine schlanke und effiziente Lösung handelt, das sich in der aktuellen Form bewährt hat. Es ist kein Vorfall bekannt, bei dem es zu Schwierigkeiten betreffend Unabhängigkeit der Finanzkontrolle gekommen ist. Die Finanzkommission hat bereits heute die Möglichkeit, die Finanzkontrolle oder bei Ablehnung durch das Gemeindepräsidium eine externe Institution mit Abklärungen zu beauftragen. Dadurch ist sichergestellt, dass Abklärungen der Legislative nicht vom Gemeinderat beziehungsweise der Exekutive blockiert und spezifische Finanzkontrollaufgaben unabhängig vom Gemeinderat in Auftrag gegeben werden können.

Aufgrund der Grösse und der Organisation von Köniz kann die Finanzkontrolle unserer Gemeinde nicht mit der des Kantons Bern verglichen werden. Die Finanzkontrolle des Kantons ist rund 20mal grösser und verfügt über ein eigenes Budget sowie einen eigenen Verwaltungsapparat mit Sekretariat und Rechtsdienst. Somit kann sie als selbstständige Organisationseinheit funktionieren. In der Gemeinde Köniz werden diese Aufgaben durch die Verwaltungseinheiten der Gemeindeverwaltung erbracht. Bei einer vollständig unabhängigen Organisation wären diese Schnittstellen nicht mehr möglich und müssten entweder mit zusätzlichen Ressourcen aufgebaut oder extern teuer eingekauft werden. Für die Umsetzung des Modells nach kantonalem Vorbild würden somit mehr personelle und damit auch finanzielle Ressourcen benötigt.

Zudem ist die Finanzkontrolle dank ihrer Verankerung in der Verwaltung heute sehr gut zu laufenden Geschäften und zu Abläufen informiert. Dank ihrer Vernetzung innerhalb der Verwaltung kann sie ihre Arbeit effizient und wirksam erledigen. Für die internen Arbeiten müssten bei Auslagerung der Finanzkontrolle zusätzliche Stellenprozente innerhalb der Finanzabteilung geschaffen werden, die heute durch die Mitarbeitenden der Finanzkontrolle erbracht werden. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Arbeiten im Bereich IKS, interne Beratungen, Projektmitarbeiten, Sonderaufgaben oder das Risiko-Management. Auch das würde zusätzliche Kosten verursachen. Der Abstimmungsaufwand mit einer unabhängigen Finanzkontrolle wäre ebenfalls um einiges höher. Vom Initialaufwand, der ein Aufbau einer solchen externen Finanzkontrolle mit sich bringen würde, sprechen wir gar nicht erst. Die meisten Parlamentsorgane werden im Milizsystem ausgeführt und stellen schon heute eine hohe Belastung dar. Es kann nicht in unserem Interesse sein, diese noch stärker zu belasten.

Für die SP/JUSO-Fraktion ist es schon erstaunlich, dass ein Vorschlag, der einen Verwaltungsausbau zur Folge hat und mit erheblichen Kosten verbunden ist, ausgerechnet von den gleichen Fraktionen kommt, die mittels parlamentarischer Initiative auf eine Schuldenbremse pochen und bei Budgetdebatten Kostenkürzungsanträge einreichen. Das geht für uns nicht auf. Es macht absolut keinen Sinn ein gut funktionierendes Modell, das sich über Jahre bewährt hat, zu ändern und damit erhebliche Kosten zu verursachen. Die Verhältnismässigkeit ist aus unserer Sicht hier nicht gegeben.

Abschliessend kann gesagt werden, dass weder die Grösse von Köniz noch die aktuellen Aufgaben der sogenannten internen Finanzkontrolle mit jener des Kantons Bern verglichen werden kann. Ausserdem muss festgehalten werden, dass die vermeintlich höhere Governance mit einer unabhängigen externen Finanzkontrolle einen hohen Preis hat. Unserer Ansicht nach einen zu Hohen.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne: Die Grundidee dieses Vorstosses fand bei uns von Anfang an Anklang. Es entspricht den Prinzipien von Governance, dass Kontrollstellen möglichst unabhängig von den Kontrollierten sind. Trotzdem haben wir das Anliegen intensiv diskutiert. Fragen waren zum Beispiel, ob überhaupt Bedarf besteht?

Bis jetzt sind ja keine grossen Skandale publik geworden. Wir haben uns aber auch gefragt, ob wir überhaupt von allem Kenntnis haben, was ein Skandal hätte werden können? Und wieso warten, um Strukturen anzupassen, bis ein Sturm da ist? Wäre vorausschauendes Handeln nicht besser? Es kam auch die Frage auf, ob die Kapazität und die Kompetenz im Parlament vorhanden ist, um diese neuen Aufgaben zu übernehmen? Ja, ein gewisser Zusatzaufwand für einzelne Mitglieder des Parlaments ist zu erwarten, in unseren Augen liegt dieser aber durchaus im Rahmen und ist vertretbar. Ich erläutere dies nicht mehr weiter, der Erstunterzeichner hat dies zuvor bereits ausgeführt.

Andererseits haben wir auch diskutiert, dass es der Finanzkommission im heutigen System formal zwar möglich ist, einen Auftrag an die Finanzkontrolle zu geben, allerdings muss die Kommission ja zuerst Kenntnis eines potentiellen Missstands oder Untersuchungsgegenstand haben, um etwas prüfen lassen zu können. Das ist vermutlich nicht immer der Fall.

Dann haben wir weiter erkannt, dass der Gemeinderat offensichtlich nicht gewillt ist, die Forderung umzusetzen. Einige der Argumente, warum nicht, waren für uns aber überhaupt nicht überzeugend. Was den ganzen Aufwand angeht, das haben wir zuvor schon in den Erläuterungen gehört und der Gemeinderat kann auch mit der geforderten Anpassung weiterhin direkt der Finanzkontrolle Aufträge erteilen. Das erachten wir auch als sinnvoll und wichtig. Wir verstehen darum nicht, warum dies als Gegenargument verwendet wird. Die Finanzkontrolle kann damit auch weiterhin Aufgaben, wie zum Beispiel das interne Kontrollsystem, welches zuvor von Seiten SP genannt worden ist, wahrnehmen, dementsprechend ist für uns auch der befürchtete Mehraufwand ziemlich übertrieben.

Was den befürchteten Aufwand angeht, sind wir überzeugt, dass in der Ausarbeitung der finalen Vorlage durch den Gemeinderat, dieser auch dafür sorgen wird, dass die Änderung so ausgestaltet wird, dass sie eine möglichst zielführende Struktur ergeben. Und zum Beispiel bezüglich Verantwortung der Finanzkommission oder dem zuständigen Gremium und auch rund um die Neuanstellungen, Berichterstattungen etc. sind wir der Überzeugung, dass dies einen Mehrwert für die Gemeinde gibt und das bei vertretbarem Mehraufwand.

Und schliesslich sind wir überzeugt, dass es sinnvoll ist, eine Änderung dann einzuführen, wenn wir nicht bereits mitten in einem Sturm sind. Der Zeitpunkt ist damit gut. Wir werden darum die Motion einstimmig unterstützen.

Zum Schluss habe ich noch eine Frage: Wäre es möglich, dass auch die Whistleblowing-Stelle, welche das Parlament zu einem früheren Zeitpunkt gefordert bzw. es eine entsprechende Motion überwiesen hat, dass diese mit einer solchen unabhängigen Finanzkontrolle kombiniert werden könnte? Denn auch dort ist ja einerseits eine gewisse Nähe zur Verwaltung von Vorteil, andererseits aber auch eine gewisse Unabhängigkeit, wie man sich vorstellen kann.

Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher: Als wir in der FDP diesen Vorstoss diskutiert haben, versuchten wir uns auf die wesentlichen Fragen zu konzentrieren. Die erste Frage war, wie gross ist das Risiko, dass hier dieses Modell systematisch nicht funktioniert? Ich habe zuvor Machtmissbrauch gehört, Skandale – wir haben uns gefragt, findet dies statt? Die zweite Frage, welche wir uns gestellt haben, war, ob wir wirklich das Milizsystem noch mehr belasten wollen? Das ist beinahe eine Belästigung, wenn man dies lesen muss. Und drittens, wollen wir einen Verwaltungsausbau fördern?

Zur Risikobewertung: Dazu haben wir ganz klar gesagt, dass wir dies als überschaubar und berechenbar sehen. Wir haben nicht das Gefühl, dass hier wiederholend Fehlverhalten stattfinden, Skandale nicht aufgedeckt werden etc. Wir haben eine Verordnung über die Finanzkontrolle, welche zeigt, wie die Abläufe sind, wie die Aufgaben aufgestellt sind, also kann jeder nachschauen, was hier stattfindet und ich glaube, der Gemeinderat würde sich hier ein Eigengoal machen, wenn man dies einfach so unter den Tisch kehren würde. Und sind wir doch auch ehrlich: Eine neue Organisation hätte definitiv auch Restrisiken. Da muss man sich doch fragen, ob wir hier wirklich etwas Neues machen wollen, welches am Schluss ebenfalls Risiken hat. Denn das dualistische Könizer System ist sehr pragmatisch, effizient und gut eingespielt. Die Finanzkontrolle nimmt ihren Job, so empfinden wir es, sehr pflichtbewusst wahr. Gibt es hier andere Meinungen, dann sollte man diese heute kund tun. Wir sind ganz Ohr. Denn offenbar schätzen die Mitunterstützer dieser Motion das Risiko so hoch ein, dass man sich hier auf ein neues Abenteuer einlassen will und einfach mal auf etwas eingeht.

Und dann kommen wir zur zweiten Frage, welche wir uns gestellt haben: Wir wollen sicherlich eher eine Entlastung als eine Belastung. Und als ich zuvor den Erstunterzeichner gehört habe, wie er dies erzählt hat, dann ist dies wie Sand in die Augen streuen, wenn man sagt, es sei einfach alles gleich und dann kommt jemand Neues oben hin und das funktioniert gut. Das fand ich beinahe etwas despektierlich. Denn eine neue Führung gibt es nicht zum Nulltarif, das ist nicht wie auf einem Schachbrett, wo man die Figuren einfach etwas hin- und herziehen kann und am Schluss ist alles gut und es gibt keine Konsequenzen. Da habe ich den Eindruck, dass dies fast nicht sein kann.

Denn wer kontrolliert dann die Qualität dieser Arbeit? Wer gibt die Aufträge – nicht nur Fachaufträge, sondern auch Strategische? Das Stellenprofil müsste man vermutlich auch überprüfen. Wer liest denn diese Berichte? Wir haben gehört, einmal im Jahr, aber ist das wirklich solch ein "By the way-Job", welcher die Finanzkontrolle hier macht? Ich glaube, da ist etwas mehr dahinter, als einmal im Jahr hinsitzen und zusammen etwas diskutieren.

Man liest es auch im Vorstoss, die Finanzkommission oder das Parlamentsorgan soll hier die Führung übernehmen – hört auf zu erzählen, dass dies keinen Mehraufwand gibt, das ist einfach nicht wahr. Und da diskutieren wir über Monate hinweg über Mehraufwand und dann sagen plötzlich auch die Grünen, ja, es gibt doch etwas Mehraufwand, doch das ist überschaubar. Ihr wisst dies doch überhaupt nicht. Ich weiss nicht, warum wir hier plötzlich alles über Bord werfen wollen und dann müssten wir aufhören, über Mehraufwand und Mehrbelastung zu diskutieren.

Wir sehen es hier im Parlament: Wir haben Rücktritte, wir haben gerade Michael Gerber, welcher leider zurücktritt. Wir hatten letzte Woche von Thomas Brönnimann gehört, dass eine Mehrbelastung da ist und ausgerechnet die GLP will jetzt das System mehr belasten, das finde ich doch etwas paradox.

Und dann kommt immer der liebe Kanton als Vorbild und dass das dort so gut funktioniert. Hört doch auch damit einmal auf. Wir sind nicht der Kanton Bern. Es heisst noch lange nicht, dass etwas, das im Kanton funktioniert, auch in Köniz funktioniert. Vielleicht müsste man hier einmal das Visier einstellen. Beim Verwaltungsausbau ist die Antwort bei uns so klar wie ein Bergsee: Wir wollen sicher keine Mehrausgaben fördern. Wir wollen ein schlankes und effizientes System und das haben wir heute. Denn die Organisation muss überarbeitet werden und da fragen wir uns, wie wir dann das zusätzliche Personal, die Ressourcen, beschaffen wollen. Ich habe nicht das Gefühl, dass die da Schlange stehen, dass man die Leute immer findet. Und wenn man dann Vakanzen hat, dann ist das Risiko auch nicht zu unterschätzen.

Wir von der FDP bleiben hier konsequent. Wir unterstützen zum Beispiel eine Schuldenbremse, eine Ausgabenbremse und wenn man A sagt, muss man auch B sagen. Wir wären wohl nicht mehr glaubwürdig, wenn wir hier plötzlich feststellen würden, dass man die Verwaltung ausbauen muss und das Preisschild noch nicht einmal kennt.

Stellt euch einmal bildlich vor: Man würde am gleichen Wochenende über eine Schuldenbremse und gleichzeitig über eine Reorganisation der Finanzkontrolle abstimmen, da wären wir nicht mehr glaubwürdig. Das fühlt sich an, wie wenn ich sage, ich bin Vegetarier und esse ab und zu Bündner Fleisch. Bei Punkt 5, das klingt gut. Man könnte der Finanzkontrolle direkt mehr Aufgaben ohne Vetorecht des Gemeinderates erteilen. Doch man kann auch heute bereits Aufträge erteilen. Und darum finden wir auch hier, die Möglichkeiten sind schon da.

Ihr habt es gehört, die FDP teilt die Meinung des Gemeinderates. Wir danken für den ausführlichen Bericht und wir werden diese Motion ablehnen.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden: Die Unabhängigkeit einer Kontrollbehörde von der Stelle, welche sie eigentlich kontrolliert, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Die Stichworte "Governance" aber auch "Compliance" sind bereits gefallen. Darum bin ich auch Mitinitiant dieser Motion, dies auch aus der Erfahrung als ehemaliges Finanzkommissionsmitglied.

Leider hat jetzt der Gemeinderat diese Motion in der falschen Annahme beantwortet, dass er jetzt der Finanzkontrolle keine Aufträge mehr erteilen können und dann ein Szenario skizziert, wie er diesen Vorstoss dann umsetzen will und das mit zusätzlichem Personal in der Finanzabteilung. Das war ganz und gar nicht die Idee dieser Motion und wurde auch gar nicht gefordert. Dies als kleine Replik, auch auf das Votum der FDP und der SP.

Casimir von Arx hat bereits viel ausgeführt, ich wiederhole dies daher nicht, aber es wurde in diesem Vorstoss definitiv nirgends so etwas gefordert. Darum hat dieser Vorstoss jetzt auch so grosse Opposition ausgelöst und auch bei uns in der Fraktion zu sehr grossen Diskussionen geführt. Unsere Fraktion hat die Motion miteingereicht und unterstützt den Grundsatz der Unabhängigkeit der Finanzkontrolle weiterhin. Allerdings gab es drei Punkte, welche doch zu grosser Kritik geführt haben und auch zu intensiven Diskussionen:

1. Die Unterstellung der Finanzkontrolle: Also die Verantwortung, welche die Finanzkontrolle in der Leitung der Finanzkontrolle übernehmen würde. Wie es auch bereits erwähnt wurde, befürchtet ein grosser Teil der SVP in der Führung Schwierigkeiten, da eine unabhängige Finanzkontrolle gerade eben nicht eng geführt werden soll.
2. Weiter führt das Umsetzungsszenario des Gemeinderates mit einer doppelten Finanzkontrolle natürlich zu Unverständnis und natürlich ist die SVP gegen einen solchen Ausbau der Verwaltung.
3. Und es wird auch eine Finanzkontrolle in der Grösse des Kantons befürchtet.

Vor allem diese Punkte haben dazu geführt, dass die Fraktion die meisten Punkte der Motion lieber als Postulat überwiesen hätte und gegenüber einer Motion kritisch ist. Persönlich bin ich weiterhin vom Mehrwert einer unabhängigen Finanzkontrolle überzeugt, insbesondere, dass die Finanzkontrolle unabhängig informieren kann, erachte ich als sehr wichtig. Mehr Transparenz ist immer gut. Darum sollte die Finanzkontrolle unabhängiger werden und vor allem auch unabhängig informieren können und zwar immer stufengerecht entweder die Finanzkommission, das Parlament oder eben auch die Öffentlichkeit.

Ich habe euch hier zwei Beispiele aus dem Kanton: Die öffentliche Intervention der Finanzkontrolle zum Spital Zweisimmen hat gezeigt, wie wichtig diese Möglichkeit ist oder im Fall von Köniz, eben wäre. Es hat daraufhin dort eine wirklich gute Lösung gegeben. Es gibt noch ein weiteres Beispiel, welches gerade Letztens geschehen ist: Ich zitiere aus BärnToday diesen Frühling: *"Trotz Empfehlung der kantonalen Finanzkontrolle will die Berner Regierungsrat die bls-Verantwortlichen nicht des Subventionsmissbrauchs anzeigen. Der Kanton hat der bls über 97 Millionen Franken zu viel an Subventionen überwiesen. Für die Regierung ist das Kapitel um den Skandal der Bahnsubventionen abgeschlossen, mittlerweile sind die Beträge (mit Zinsen) zurückbezahlt."* Man sieht also, der Gemeinderat kann immer noch absolut frei handeln, müsste dies aber gegenüber uns und vor allem auch gegenüber der Bevölkerung in Zukunft besser begründen. Genauso würde ich es mir für die Gemeinde Köniz wünschen.

Die Aussage in der Antwort des Gemeinderates, dass es in den letzten 15 Jahren keine Konflikte gegeben habe, hat mich etwas stutzig gemacht. Ich denke, es wäre auch in Köniz zwischendurch mal ein bisschen mehr Transparenz wünschenswert gewesen, zum Beispiel bei der Finanzierung der Musikschule.

Dann war auch die Miliztauglichkeit ein häufig gefallenes Thema in den Voten zuvor. Ich habe hier noch ein Gegenargument: Wenn die Finanzkommission der Finanzkontrolle direkt Prüfaufträge geben kann, anstatt dass sie dies selber in mühsamer Kleinarbeit überprüfen muss, kann dies für die Kommissionsmitglieder auch durchaus eine Entlastung sein.

Aufgrund der erwähnten Kritik an einigen Punkten, verlangen wir eine punktweise Abstimmung. So können alle hier eine ganz gezielte, differenzierte Haltung kund tun und jene Punkte, welche ihnen wichtig sind, überweisen. Ich erwähne hier ganz spezifisch Punkt 5, welcher fordert, dass die Finanzkommission ungefilterte Aufträge erteilen kann. Bisher mussten diese Prüfaufträge immer durch den Gemeinderat abgesegnet werden und auch die Rückantwort wurde immer vom Gemeinderat abgesegnet. Zumindest diesen Punkt 5 müsste man wirklich überweisen und zwar auch als Motion.

Die SVP-Fraktion hofft, dass der Erstunterzeichner die kritischen Punkte in ein Postulat umwandelt und es wird bei der SVP vermutlich auch ein diverses Abstimmungsergebnis geben.

David Müller, Grüne: Ich möchte noch kurz etwas auf das Votum von Seiten der FDP erwidern und zwar zur Tätigkeit der Finanzkontrolle. Du hast die Frage in den Raum gestellt, ob dies ein "By the way-Job" sei. Das denke ich, ist definitiv nicht so, du hast dort ja als Finanzkommissionspräsident zumindest zu Teilen einen ähnlichen Einblick erhalten, wie ich auch und ich bin auch der Überzeugung, dass der Job bis jetzt sehr gut gemacht wird. Doch um das geht es bei dieser Motion nicht: Es geht darum, dass die Finanzkontrolle ihre Tätigkeiten soll weiterführen können - das wird nicht bestritten – aber eben anders, als in der Antwort des Gemeinderates ausgeführt. Es geht eben auch darum, dass die Unabhängigkeit gestärkt wird und damit auch unsere politische Institution. Und noch ein Beispiel, es wurde zuvor kurz angedeutet, bei welchem dies vielleicht geholfen hätte: Das war bei der Musikschule. Dort wissen wir alle, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn früher eingeschritten worden wäre und es ist auch etwas, was uns schlussendlich sehr teuer gekommen wäre. Das waren meine Ergänzungen oder Erwidern auf die Punkte von Dominic Amacher.

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP: Es ist richtig und wichtig, sich Fragen zur Aufsicht, zum wirtschaftlichen Mitteleinsatz, aber auch zur Transparenz und Governance zu stellen, das begrüsse ich. Wenn ich euch aber hier zuhöre, muss ich sagen, euer Eindruck von unseren Institutionen und unserer Governance ist nicht so gut und wenn dem so wäre, dann wäre das gar nicht gut. Aber ich habe euch gut zugehört und muss feststellen, es liegt ein ziemlich grosses Missverständnis vor und es ist ein ziemliches Durcheinander, denn wir sprechen gar nicht von derselben Sache. Das habt ihr vielleicht beim Zuhören auch gemerkt.

Ich möchte euch dies kurz erklären, denn da ich finde, wenn ihr entscheidet, dann solltet ihr das auf fundierten Grundlagen machen und nicht etwas entscheiden, was dann vielleicht ganz anders herauskommt, als ihr es euch vorgestellt habt.

Der Vorstoss möchte eine Finanzkontrolle nach Vorbild des Kantons aufbauen. Wie funktioniert der Kanton? Die Finanzkontrolle des Kantons hat drei Hauptaufgaben:

- Die erste Hauptaufgabe ist die Abschlussprüfung der Jahresrechnung. Das ist auch das grösste Geschäft, welches die Finanzkontrolle hat. Wie machen wir das in Köniz? In Köniz wird dies von der externen Revisionsstelle gemacht. Die Finanzkommission beantragt dem Parlament die Wahl dieser externen Revision – die Finanzkommission macht hier auch die Vorauswahl, das macht also nicht der Gemeinderat. Wenn dann diese Revision durchgeführt wird, findet diese sehr ähnlich statt, wie dies auch beim Kanton abläuft, da werden ebenfalls Prüfberichte erstellt. Man prüft verschiedene Gebiete, damit diese alle vier Jahre einmal geprüft wurden. Und dieser Revisionsbericht, mit allen Bemerkungen, wird euch dann wieder gezeigt. Das ist die Hauptaufgabe der Kantonalen Finanzkontrolle, das ist bei uns ebenfalls unabhängig. Das macht nicht unsere interne Revision.
- Die zweite Aufgabe der Finanzkontrolle des Kantons, ist die Finanzaufsicht. Diese ist im Kanton so festgelegt. Bei uns ist diese Finanzaufsicht nicht ganz so klar in der Gemeindeordnung festgelegt - ich habe dies nachprüfen lassen - es ist ähnlich wie die Aufsicht über die Verwaltung: Da hat das Parlament eine Oberaufsicht und die GPK - und ich nehme an, analog die Finanzkommission - hat hier eine Aufgabe. Und wir haben es bereits gehört: Die Finanzkommission kann dafür externe Mandate vergeben, wenn sie zusätzliche Beratung braucht, sie kann aber auch beim Gemeinderat nachfragen, ob sie die interne Finanzkontrolle anfragen darf und es ist noch nie vorgekommen, dass wir etwas abgelehnt haben. Ein Grund, dies abzulehnen, wäre, wenn es einen Interessenskonflikt für die Mitarbeiter geben würde. Das ist auch bei der parlamentarischen Initiative so. Dort haben wir gesagt, dass die Mitarbeitenden der Fachstelle Recht nicht ein Projekt ausarbeiten müssen, welches sie in einen Konflikt zwischen den Gemeinderat und dem Parlament bringt. Das ist dort die Überlegung dahinter. Aber die Finanzkommission kann dann, wenn sie eine Frage hat, durchaus ein Mandat herausgeben und unabhängig etwas abklären lassen und das ist auch gut so, das ist gar keine Frage.
- Das Dritte, wofür die kantonale Finanzkontrolle zuständig ist, sind Sonderprüfungen. Das ist vermutlich das, was ihr mit der Musikschule meint. In Köniz wäre dies aber vermutlich eher die Aufgabe der GPK, als jene der Finanzkommission, wenn man die Reglemente anschaut. Doch das müsste man noch genauer nachprüfen. Aber auch hier kann das Parlament, wenn es einen solchen Fall gibt, eine Untersuchungskommission einsetzen, es kann also tätig werden. Und auch hier sind es bei Bedarf externe Mandate.

Mir scheint, dass wir nicht vom Gleichen sprechen und das insbesondere darum, weil die heutige Finanzkontrolle in Köniz gar nicht diese Funktionen hat, welche ich jetzt aufgezeigt habe. Das hat nichts mit der Finanzkontrolle zu tun, welche wir intern haben. Und ich denke, der Hauptproblempunkt ist, dass diese "Finanzkontrolle" heisst. Es ist nämlich eine "*interne* Finanzkontrolle", so steht es auch in der Verordnung ganz klar. Sie macht eine *interne* Revision und *interne* Beratung. Sie ist insbesondere im Bereich des IKS tätig. Jenen von der Finanzkommission sagt dies etwas, das ist das interne Kontrollsystem, ein solches braucht jede Organisation. Sie unterstützt den Gemeinderat in seiner Aufgabe, welche die Gemeindeordnung dem Gemeinderat zur Aufsicht über die Verwaltung gibt. Man kann also sagen, auch im Kanton wird es in der kantonalen Verwaltung Stellen geben, welche genau diese Funktionen ausfüllen, denn selbstverständlich muss man ja intern, zum Beispiel ein Follow-up der Jahresrechnung machen. Wenn die externe Revision Bemerkungen macht – diese erhält die Finanzkommission – dann müssen diese intern abgearbeitet und die Probleme behoben werden. Das muss jemand machen, da muss jemand dahinter stehen und das ist bei uns die interne Finanzkontrolle. Sie macht zum Beispiel Dienststellenrevisionen und das ist kein Machtmissbrauch, sondern es werden alle Dienststellen der Reihe nach unabhängig revidiert. Sie bekommt direkt vom Gemeinderat Aufträge, wenn dieser etwas genauer untersuchen will, sie bekommt aber auch Aufträge der Abteilungen, wenn diese bei der Erarbeitung eines Projekts wirtschaftliche Unterstützung oder Berechnungen brauchen, welche sie nicht alleine machen können. Sie macht die Kalkulation von Vollkosten von Abteilungen oder unterstützt sie dabei, sie macht Kassenkontrollen und vieles mehr. Das sind Sachen, welche wir unbedingt brauchen. Ihr könntet zu Recht sagen, wenn wir dies intern nicht hätten, dass wir unsere Arbeit nicht gut machen und unsere Aufsicht nicht wahrnehmen würden. Das ist etwas anderes. Das ganze IKS brauchen wir, das ganze Vertragsmanagement anschauen, die internen Kontrollsysteme überprüfen, das ist absolut relevant. Darum ist es auch nicht so, dass wir ein Governance-Problem hätten, denn die interne Finanzkontrolle überprüft gar nicht den Gemeinderat, sondern sie überprüft die Verwaltung im Auftrag des Gemeinderates und macht dies wirklich als internes Kontrollsystem. Wenn ihr diesen Vorstoss erheblich erklärt, dann geht es um etwas anderes, dann wollt ihr zusätzlich eine externe Finanzkontrolle aufbauen, wie beim Kanton.

Und da habe ich dann auch einige Fragen: Ist denn die externe Finanzkontrolle auch für die Revision der Jahresrechnung zuständig? So wie dies beim Kanton der Fall ist? Das weiss ich noch nicht genau, das müsste man vermutlich noch herausfinden.

Und dann stellt sich mir noch die Frage, wer genau dies aufbauen soll? Alleine das wird einen gewissen Aufwand verursachen. Es wird einen rechtlichen Teil geben, weil wir anders funktionieren, als der Kanton und es wird auch einen personellen, organisatorischen Teil geben. Eigentlich institutionalisiert ihr die heutigen Mandate, welche ihr einerseits an die externe Revision und andererseits situativ der GPK und der Finanzkommission erteilt, in eine oder mehrere Personen, welche immer angestellt sind. Das würde sich ändern. Aber die interne Revision könnte man auch gerne umbenennen, diese brauchen wir auch weiterhin.

Die Debatte zeigt für mich, dass dies von euch ganz anders verstanden wird und ich glaube, das wird zu grossen Missverständnissen führen. Es wird unterschätzt, dass dieser Umbau ressourcenintensiv ist und etwas aufgebaut wird, welches für Köniz viel zu gross ist. Ja, der Kanton und der Bund haben es, aber diese sind viel grösser als Köniz. Und ich weiss, dass auch die Stadt Bern das machen will, aber diese sind immerhin noch dreimal so gross und es ist wirklich die Frage, ob diese Institutionalisierung notwendig ist und ob man mit diesem Aufbau von Ressourcen finanzpolitisch das richtige Zeichen setzt.

Wir sind bemüht, ressourcenschonend zu arbeiten, da werden wir von euch aber auch immer wieder zurecht darauf hingewiesen und da möchte ich noch am Schluss anfügen: Es ist ein sehr pragmatisches System, welches wir heute haben. Wir vergeben nur dann, wenn wir ein Problem haben, Mandate und haben nicht ständige Lohnkosten und ständige Leute, welche angestellt sind. Das ist für unsere Grösse effizient. Der Kanton könnte so nicht funktionieren und es ist richtig, dass dieser es anders macht, aber bei uns passt das so. Jetzt würden wir aber ein bestehendes System, welches funktioniert, in ein ressourcenintensiveres System umbauen.

Und jetzt müsst ihr euch auch noch überlegen, was das für ein Zeichen gegenüber der Verwaltung setzen würde, weil wir dort sehr oft gut begründete Anträge nach Ressourcen ablehnen. In ganz vielen Bereichen, welche euch auch wichtig sind, wo wir sagen, dass wir uns das so nicht leisten können. Und hier investiert man in einen Bereich, welcher heute sehr pragmatisch und nach dem typischen Könizer Modell funktioniert und das nicht einfach Ressourcen aufbaut und institutionalisiert, wenn man es im Alltag gar nicht braucht.

Ich hoffe, dies war etwas erhellend. Es obliegt euch: Man kann durchaus so etwas aufbauen, es wird aber alleine schon für den Aufbau mit Ressourcen verbunden sein und insbesondere auch für den Betrieb wird es einen Mehraufwand bedeuten. Ich bitte euch daher, dies gut zu bedenken und hoffe, dass dies vielleicht etwas Licht ins Dunkle bringen konnte.

Beschluss über den Antrag auf geteilte Abstimmung

(Abstimmungsergebnis: 18 dafür / 14 dagegen)

Beschluss über Ziffer 1

Ziffer 1 wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen für erheblich / 14 Stimmen für ablehnen)

Beschluss über Ziffer 2

Ziffer 2 wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen für erheblich / 14 Stimmen für ablehnen)

Beschluss über Ziffer 3

Ziffer 3 wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen für erheblich / 15 Stimmen für ablehnen)

Beschluss über Ziffer 4

Ziffer 4 wird abgelehnt.

(Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen für ablehnen / 16 Stimmen für erheblich)

Beschluss über Ziffer 5

Ziffer 5 wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen für erheblich / 15 Stimmen für ablehnen)

Beschluss über Ziffer 6

Ziffer 6 wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen für erheblich / 15 Stimmen für ablehnen)

PAR 2024/74

2401 Anfrage (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „Einsehbarkeit der Weisungen“

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Weisungen sind für die Gemeindebehörde verbindliche Festsetzungen, welche der Gemeinderat beschliesst. Die darin beschriebenen funktionalen Anforderungen sind für die Gemeindeverwaltung im Alltag handlungsanweisend. Kreditgeschäfte berufen sich oft auf Weisungen (bspw. bei der Entnahme aus Spezialfinanzierungen oder in der Frage der Gebundenheit von Ausgaben). Aktuell haben Parlamentsmitglieder keinen Zugriff auf die Weisungen. Die Mitglieder der Geschäftsprüfungs- und der Finanzkommission können geschäftsrelevante Weisungen auf der gesicherten Datenablageplattform «Teamraum» einsehen.

Der Bund macht seine Verordnungen mit Aussenwirkung aktiv der Öffentlichkeit zugänglich.⁶ Dabei geht es darum, die Öffentlichkeit über das staatliche Handeln rechtzeitig und umfassend zu informieren.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten.

1. Wieso sind die Weisungen nicht für alle Parlamentsmitglieder einsehbar?
2. Wie gross wäre der Aufwand, allen Parlamentsmitgliedern die Einsehbarkeit aller Weisungen im «Teamraum» zu gewähren?
3. Beabsichtigt der Gemeinderat sämtliche Weisungen für alle Parlamentsmitglieder zugänglich zu machen?
4. Beabsichtigt der Gemeinderat die Weisungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

Eingereicht

18.03.2024

⁶ Vgl. <https://www.fedlex.admin.ch/de/fga/federal-council-directives>

Unterschrieben von 22 Parlamentsmitgliedern

Sandra Röthlisberger, Michael Gerber, Roland Akeret, Fabienne Marti, Andreas Hauser, Jürg Mosimann, Katja Streiff, Matthias Müller, Monika Röthlisberger, Christina Aebischer, Lukas Erni, Laura Hoffman, Simon Stocker, Dominik Fischli, David Müller, Géraldine Boesch, Matthias Stöckli, Christine Müller, Casimir von Arx, Florian Moser, Corina Burren, Reto Zbinden

Antwort des Gemeinderates

1. Frage 1: Wieso sind die Weisungen nicht für alle Parlamentsmitglieder einsehbar?

Gemäss Art. 11 Verwaltungsorganisationsreglement erlässt der Gemeinderat "zur näheren Regelung der Verwaltungstätigkeit die erforderlichen Weisungen". In der Gemeinde Köniz sind alle verwaltungsintern erstellten schriftlichen Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation in Form von Weisungen, Abläufen und sonstigen Dokumenten im Handbuch Organisation (HbO) abgelegt. Beim Grossteil der schriftlichen Regelungen im Handbuch Organisation (mehr als 80 Dokumente) handelt es sich um Weisungen in Zuständigkeit des Gemeinderats, welcher als Exekutive der Gemeinde die Verwaltung führt und die Vorgaben für deren interne Funktionsweise erlässt. Einzelne Dokumente wie z.B. spezifische Ablaufdiagramme sind in der Zuständigkeit der federführenden Direktion.

Das HbO wurde 2020 im Rahmen des Projekts "Neue Aktenführung Köniz" und der Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung (GEVER) gesamtüberarbeitet und nach funktionaler Ordnungsstruktur (entlang Themen und Aufgaben der Gemeinde) neu strukturiert.

Das HbO ist auf dem Intranet der Gemeinde Köniz und somit für alle Mitarbeitenden der Gemeinde Köniz einsehbar. Auf der Webseite der Gemeinde ist das HbO nicht publiziert und somit sind die Dokumente weder für die Öffentlichkeit noch für die Parlamentsmitglieder direkt einsehbar. Dies aus folgenden Gründen:

- Der Inhalt verschiedener Weisungen mit Aussenwirkung ist auf der Website der Gemeinde adressatengerecht publiziert und öffentlich zugänglich (z.B. Telefon- und Schalteröffnungszeiten, Merkblätter/Vorgaben für Beschaffungen, seit kurzem auf Anregung eines parlamentarischen Vorstosses auch die Vorgaben für Unterstützungsbeiträge an Organisationen und Vereine). Auf Anfrage können Weisungen den Parlamentsmitgliedern sowie interessierten Bürger:innen auf der Grundlage des Öffentlichkeitsprinzips zugestellt werden. Die für den Tätigkeitbereich von Parlamentskommissionen relevanten Weisungen sind in den jeweiligen Teamräumen (FIKO, GPK) aufgeschaltet und direkt zugänglich. Bei einzelnen Themen hat der Gemeinderat Weisungen als Anhang zu Parlamentsgeschäften zur Information zur Verfügung gestellt (z.B. Public Corporate Governance Richtlinie). Zudem kann jede Person via diverse Kommunikationskanäle Anliegen und Fragen an die Verwaltung und an die Behörden einbringen, diese werden zeitnah von der Verwaltung beantwortet. Somit sind zahlreiche relevante Informationen, welche in Weisungen geregelt sind, zugänglich.
- Gewisse Weisungen enthalten Vorgaben und Informationen, die aufgrund von Sicherheitsüberlegungen oder des Persönlichkeitsschutzes nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt sind (z.B. Vorgehen bei Notfällen, Vorgaben zur Nutzung und der Sicherheit der Informatikmittel, Vorgaben zum Personalwesen, Risikomanagement, detaillierte Spesenregelungen). Bei einer Publikation aller Weisungen müsste eine sorgfältige Prüfung und Triage vorgenommen werden, welche Informationen für die Öffentlichkeit bestimmt sind, mit entsprechendem Verwaltungsaufwand.
- Weisungen werden in erster Linie für die Verwaltung erstellt, da sie primär die interne Verwaltungstätigkeit regeln. Falls das gesamte HbO mit allen Weisungen für alle Parlamentsmitglieder und/oder die Öffentlichkeit publiziert würde, müssten die Weisungen zum Teil umformuliert werden. Da es sich bei der Mehrzahl der Weisungen um verwaltungsinterne Vorgaben handelt, sind diese häufig in einer für die allgemeine Öffentlichkeit nicht immer einfach verständlichen Form und Sprache formuliert. In vielen Fällen müssten diese wohl adressatengerecht aufgearbeitet und umformuliert werden.. Parallel dazu müsste dann bei verschiedenen Weisungen trotzdem zusätzlich noch interne Dokumente erstellt werden, welche die Detailabläufe für die Verwaltung klären. All dies würde zu einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand führen.

2. Frage 2: Wie gross wäre der Aufwand, allen Parlamentsmitgliedern die Einsehbarkeit aller Weisungen im «Teamraum» zu gewähren?

Die Arbeit der Parlamentsmitglieder (mit Ausnahme der Arbeit in Kommissionen) ist öffentlich, im Gegensatz zum Gemeinderat und der Verwaltung unterliegen Parlamentsmitglieder nicht dem Amtsgeheimnis. Deshalb müssten bei einer Veröffentlichung des HbO in einem Teamraum für alle Parlamentsmitglieder alle bestehenden Weisungen im Hinblick auf die in Antwort 1 genannten Punkte (Vertraulichkeit, sicherheitsrelevante Themen, adressatengerechte Formulierung) von der federführenden Abteilung überprüft und allenfalls überarbeitet werden. Anpassungen müssten vom Gemeinderat explizit genehmigt werden, dies würde auch für jede zukünftige Aktualisierung gelten. Der hierfür notwendige Aufwand kann nicht exakt beziffert werden, es kann aber davon ausgegangen werden, dass dieser bei über 80 Dokumenten beträchtlich ist.

3. Frage 3: Beabsichtigt der Gemeinderat sämtliche Weisungen für alle Parlamentsmitglieder zugänglich zu machen?

4. Frage 4: Beabsichtigt der Gemeinderat die Weisungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

Aufgrund der in Antwort 1 und 2 gemachten Ausführungen beabsichtigt der Gemeinderat nicht, die Weisungen für alle Parlamentsmitglieder und/oder für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, da dies zu einem unverhältnismässigen Verwaltungsaufwand führen würde (inkl. adressatengerechte Umformulierung/Aufarbeitung).

Köniz, 19. Juni 2024

Der Gemeinderat

Anmerkung:

Gemäss Art. 59 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Parlaments, wird bei Anfragen die Antwort des Gemeinderats mit den Sitzungsunterlagen versendet und auf der Website der Gemeinde, Bereich Parlament, veröffentlicht. Die Antwort wird im Parlament nicht traktandiert.

PAR 2024/75

Verschiedenes

Es wurden keine neuen Vorstösse eingereicht.

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, bitte ich euch noch kurz um Aufmerksamkeit und zwar habe ich noch zwei wichtige Informationen:

- Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen wird ab sofort in einem Co-Präsidium durch David Müller und Monika Röthlisberger geführt.
- Und dann noch eine Information von meiner Seite zum Ausflug vom kommenden Freitag: Ich bin euch sehr dankbar, wenn ihr am Freitag pünktlich um 6.00 Uhr beim Ofenhaus seid. Für all jene, welche mit dem Velo oder mit den Autos anreisen; ihr könnt eure Gefährte dort in der Nähe parkieren. Wir werden am Schluss des Abends wieder plus/minus in dieser Region landen. Mehr zum Ort, wo wir landen werden, kann ich euch leider jetzt noch nicht verraten. Falls ihr noch Fragen zum Parlamentsausflug habt, falls Unklarheiten sind, was ihr anziehen müsst oder ähnliches, meldet euch ungeniert bei mir.

Die nächste Parlamentssitzung findet am 16. September 2024 statt. Ich wünsche euch allen einen schönen Abend und tragt euch Sorge beim Heimkommen.

Im Namen des Parlaments

Arlette Münger
Parlamentspräsidentin

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament